

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Die 6. Neuwahl aller Betriebsräte im März 1926

Rob. Dißmann

Beeinflusst durch die Novembertage 1918 und die revolutionären Wellenschläge 1919, wurde in den Januar Tagen 1920 das Betriebsrätegesetz von der damaligen Nationalversammlung verabschiedet. Hatte das Gesetz keineswegs die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer Deutschlands befriedigt — die vielfachen Mängel des durch Kompromiß verschiedener Parteien zustandekommenen BRG sind zur Genüge bekannt —, so haben wir doch keinen Augenblick gezaudert, von den im Gesetz gegebenen Rechten Gebrauch zu machen. Und so schritt die deutsche Arbeitnehmerschaft im März 1920 erstmalig zur Wahl, die in den Tagen des Rapp-Butsches ihr besonderes Gepräge erhielt. Seitdem gingen sechs Jahre ins Land. Möge der nachdenkende Leser selbst Vergleiche ziehen, wenn er 1920 und 1926 gegenüberstellt. Dann wird in seiner Erinnerung wieder wachgerufen all das, was die deutsche Arbeiterklasse in diesen schweren Jahren erlebt und durchkosten mußte. Doch was uns auch getroffen haben mag, die deutsche Arbeiterbewegung rang sich durch und ihre Organisationen haben sich von den Schlägen der Inflationsjahre wieder erholt. Mit Genugtuung können unsere Kollegen erklären: **Der DMB steht heute innerlich und äußerlich gefestigt da, und der Verband gewährt jedem Verbandsmitglied die ihm zustehende Unterstützung**, obwohl auch ihn die herrschende Wirtschaftskrise, die hohe Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter erheblich belastet. Diese Leistungsfähigkeit beweist, daß **der DMB gesund und stark ist und mit vollem Recht das Vertrauen aller Metallarbeiter verdient**.

Wir haben also keinerlei Ursache, angesichts der jetzigen Wirtschaftskrise irgendwie mutlos zu sein. Aufrecht und in geschlossenen Reihen müssen die Arbeiter allerorts, in allen Werkstätten und Fabriken ihre Sache vertreten. Das gilt auch für die Neuwahl der Betriebsräte, die im März dieses Jahres einheitlich durchzuführen ist. Diese Neuwahl muß auf der ganzen Linie erfolgen. Unter keinen Umständen darf es vorkommen, daß die Arbeitnehmer eines Teiles der Betriebe von der Neuwahl des Betriebsrates Abstand nehmen. Das würde besagen, daß solche Arbeitnehmer die ihnen im BRG gegebenen Rechte selbst preisgeben. Das würde aber auch gleichzeitig bedeuten, daß die Arbeitnehmer eines solchen Betriebes vor dem Unternehmer in offensichtlichster Form ihre Interessenlosigkeit dokumentierten. Und daß eine solche Lendenlamie, indifferente Belegschaft dadurch im Respekt des Unternehmers nicht steigen, sondern dafür sehr bald einen Dentsettel empfangen würde — geschähe dies dann etwa unverdient? —, lehrt die Vergangenheit in unzähligen Fällen. Schließlich aber schädigen solche Arbeitnehmer nicht nur sich selbst, sondern gleichzeitig auch die Gesamtinteressen ihrer Klasse

Unsere Verbandsmitglieder, Betriebsräte, Funktionäre und Verwaltungen haben daher die zwingende Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Neuwahl der Betriebsräte und Betriebsobleute (letztere in Betrieben mit 5 bis 20 Arbeitnehmern) innerhalb der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands in allen Orten und sämtlichen Betrieben durchgeführt wird. Die für die Neuwahl in Frage kommenden Bestimmungen finden die Kollegen im Betriebsrätegesetz und dessen Wahlvorschriften usw. Festhalten müssen wir dabei an folgendem:

1. Soweit es möglich ist, muß mit den Angestellten eine Verständigung gesucht werden zwecks Vornahme einer einheitlichen Wahl für Arbeiter und Angestellte.
2. Für die freien Gewerkschaften muß eine einheitliche Kandidatenliste aufgestellt werden. Sonderlisten scheidet aus.
3. Für die einheitliche Kandidatenliste der freien Gewerkschaften müssen alle Verbandsmitglieder nachdrücklich eintreten und dahin wirken, daß sich die gesamte Belegschaft an der Wahl beteiligt.

Leider wurden die Betriebsrätewahlen der verflossenen Jahre zum Schaden der Arbeiter immer wieder getrübt dadurch, daß in diversen Orten und Betrieben die Wahl nicht nach einer einheitlichen Kandidatenliste der freien Gewerkschaften erfolgte, sondern noch Sonderlisten eingereicht wurden, die zumeist einen engeren parteipolitischen Charakter trugen. Das führte zum heftigen Bruderkampf, die Einheit der Arbeiter wurde zerrissen, die Bewegung geschädigt und damit die Interessen der Arbeitnehmer aufs schwerste verletzt. Das darf unter keinen Umständen wieder vorkommen. Für die Neuwahl der Betriebsräte gelten für alle Verbandsmitglieder nachstehende Beschlüsse:

Erweiterter Beirat des DMB (1920):

„1. Die Durchführung der Wahl der Betriebsräte ist Aufgabe der Gewerkschaften und hat einheitlich und geschlossen gegenüber unseren gegnerischen Organisationen zu erfolgen.

2. Die Aufstellung der Kandidaten ist vorzunehmen auf der Grundlage und unter Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages (das gilt auch für die Verbandstagsbeschlüsse von Jena und Kassel).

3. Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, jederzeit sein Amt als Mitglied des Betriebsrates niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber oder von seiner Organisation dazu aufgefördert wird.“

Verbandstag in Kassel (1924),

der folgender Formulierung des Vorstandes zustimmte:

„Wir können den Zustand nicht länger zulassen, daß in den einzelnen Orten und Betrieben die Kollegen nach der politischen Fakultät Kandidaten aufstellen und so den Unternehmern und den gegnerischen Organisationen das Schauspiel der politischen und gewerkschaftlichen Zerrissenheit bieten. Wir schlagen vor, die Kollegen sollen die jeweiligen Minderheiten mit berücksichtigen. Eine Verständigung darüber wird in den meisten Fällen möglich sein. Ist sie nicht zu erzielen, dann würde man die Ortsverwaltung zur Vermittlung anrufen, und kommt man auch dann nicht zurecht, schlagen wir vor, sollen die Kollegen unter den freigewerkschaftlichen Mitgliedern nach den verschiedenen vorliegenden Listenvorschlägen eine Abstimmung vornehmen und nach dem Stärkeverhältnis dann die Reihenfolge der Kandidaten von den verschiedenen Listen aufstellen und so eine gemeinsame Liste im Betriebe zur Wahl unterbreiten, damit die Phalanx im Wahlkampf selbst eine geschlossene bleibt.“

Reichsbeirat der Betriebsräte und Konzernvertreter (Dezember 1924):

„Die im März 1925 stattfindende Neuwahl der Betriebsräte verpflichtet die Arbeiterschaft, durch eine vollzählige Wahlbeteiligung sowohl ihr Interesse an einer Betriebsvertretung zu bekunden, wie durch ein einmütiges Vorgehen zu zeigen, daß die Belegschaften geschlossen hinter ihrer Vertretung stehen. Die Konferenz weist die Kollegen im Lande darauf hin, daß die Neuwahl der Betriebsräte allerorts nach einheitlichen Kandidatenlisten der freien Gewerkschaften erfolgen muß. Sonderlisten sind unzulässig. Wer gegen diese durch Verbandstagsbeschlüsse festgelegten Grundsätze verstößt, hat als Gewerkschaftsmitglied mit einem Ausschlußverfahren zu rechnen.“

Nach diesen Beschlüssen ist zu handeln. Haben die Verbandsmitglieder die Pflicht, in allen Betrieben ihre erfahrensten Kollegen in den Betriebsrat zu wählen — nicht das Parteibuch ist maßgebend, sondern auf die **Tüchtigkeit** der aufzustellenden Kandidaten kommt es an —, so darf sich andererseits auch kein befähigter Kollege der Pflicht zur Übernahme eines Amtes im Betriebsrat entziehen, wenn ihn das Vertrauen der Kollegen dazu beruft.

Die Neuwahl der Betriebsräte muß Zeugnis davon ablegen, daß die Kollegen allerorts auf dem Posten sind, einheitlich und geschlossen vorgehen und durch vollzählige Wahlbeteiligung bekunden, daß sie den Arbeiten und Aufgaben der Betriebsräte die notwendige Bedeutung beimessen.

:::

:::

:::

Der Reparationsagent berichtet

Tony Sender

I

Einer der wichtigsten Bestandteile des Dawesplanes ist die Institution des Reparationsagenten. Er ist die Persönlichkeit, der die Überwachung der Ausführung des Sachverständigenplanes und vor allem auch den Transfer vorzunehmen hat. Dies ist bekanntlich die bedeutsame Funktion der Übertragung deutscher Zahlungen nach dem Ausland, wobei jedoch dem Reparationsagenten zugleich die Sorge für die Erhaltung der deutschen Währung obliegt. Bietet dies einerseits einen gewissen Schutz für den Bestand der sanierten deutschen Währung, so schließt es gleichzeitig auch das Recht für den Reparationsagenten ein, die Währungspolitik der deutschen Reichsbank dahin zu kontrollieren, daß sie nicht eine Währungs- und Diskontpolitik mit dem Ziel betreibt, dadurch die Zahlungsübertragung nach dem gläubiger-Ausland zu erschweren oder gar zu verhindern.

Der Generalagent, S. Parker Gilbert, legt nunmehr den ausführlichen Bericht über das erste Jahr seiner Tätigkeit vor. Sein Studium ist in vielen Teilen außerordentlich interessant. Man muß anerkennen, daß der Amerikaner mit großer Gewissenhaftigkeit und Sachkunde an seine Arbeit herangetreten ist und so ist das Buch zu einem Stück Wirtschaftsgeschichte dieser eigenartigen Periode deutscher öffentlichen und Privatwirtschaft geworden. Auch wir haben daher dieser Arbeit unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, schon um der etwas leichtfertigen Auffassung zu begegnen, als stünde die ganze Reparationsverpflichtung ja doch nur auf dem Papier, während es zu einer regulären Erfüllung nie kommen würde. Nichts berechtigt zu dieser optimistischen Auffassung. Will man überhaupt zur Frage der Reparations-

leistung und Deutschlands Fähigkeit oder Unfähigkeit, sie zu erfüllen, Stellung nehmen, so ist es in erster Linie erforderlich, mit exakten Daten und Unterlagen über Deutschlands Wirtschaftskraft und Entwicklungsmöglichkeiten, über die ergriffenen oder unterlassenen Maßnahmen seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik aufzuwarten. Denn nur auf solch klarer und wissenschaftlich einwandfreier Grundlage läßt sich eine Debatte fruchtbar aufnehmen. Für die andere Seite ist S. Parker Gilbert bestrebt, solche Grundlagen zu schaffen.

Mit Recht hebt er in seinem Bericht hervor, daß der Sachverständigenplan überhaupt erst die klare Übersicht über das gesamte, bisher sehr verwirrte Problem von Deutschlands Leistungen geschaffen hat, so daß, wie man immer auch den Dawesplan beurteilen möge, die Verbesserung gegenüber dem vorausgegangenen unsicheren Zustand keinesfalls zu leugnen ist. Mit energischer Hand griff der Generalagent ein, um die Forderungen und den Verteilungsplan unter die verschiedenen Gläubigerstaaten restlos zu klären. Dabei ließ er sich von dem durchaus begrüßenswerten Grundsatz leiten, **eine endgültige Regelung zur Vorbedingung für die Anweisung von Zahlungen zu machen.**

Nun wurde in Deutschland im vergangenen Jahre verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, daß die schwere Wirtschaftskrise lediglich auf die Erfüllungspolitik zurückzuführen sei. Demgegenüber sei auch in diesem Zusammenhang bemerkt, daß diese Behauptung schon um deswillen unsinnig ist, weil im ersten Reparationsjahre aus dem deutschen Staatshaushalte überhaupt keine Zahlung erfolgt ist. Die erste Jahreszahlung von einer Milliarde Goldmark wurde vielmehr geleistet zu vier Fünfteln aus dem Ertragnis der deutschen Auslandsanleihe und zu einem Fünftel von der Deutschen Reichsbahngesellschaft. So konnte das erste Zahlungsjahr überhaupt nicht als Probe auf die deutsche Zahlungsfähigkeit gelten. Dem Sachverständigenplan lag vielmehr der Gedanke zugrunde, in diesem Jahre die Atempause zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu geben. Anders wird es schon im zweiten, am 1. September 1925 begonnenen Reparationsjahre sein. Nicht nur, daß die Jahresleistung auf 1220 Millionen ansteigen wird, sondern sie muß dann aus eigener Kraft und nicht im wesentlichen aus Auslandsanleihe aufgebracht werden. Von dieser Summe sollen 250 Millionen aus dem Staatshaushalt aufgebracht werden, ein gleicher Betrag aus der Beförderungssteuer, während 500 Goldmillionen aus dem Erlös aus dem Verkauf der Vorzugsaktien der Reichsbahngesellschaft aufkommen sollen. Der Rest wäre plangemäß aus den Jahreszinsen der Schuldverschreibungen der Reichseisenbahn und der deutschen Industriebelastung zu entrichten. In diesem Jahre wird daher die Last für Deutschland bedeutend fühlbarer werden, insbesondere da angesichts der Börsenlage die Verwertung der Vorzugsaktien der Reichsbahn im Augenblick problematisch erscheint.

Der größte Teil der diesjährigen Zahlungen wurde in Deutschland in Reichsmark gezahlt und für Sachleistungen und Besatzungskosten verwandt. Nach dem Ausland transferiert (übertragen) wurde im wesentlichen nur der Zinsendienst für die aufgenommene Auslandsanleihe. In diesem ersten Jahre hat somit der Transfer keine besonderen Schwierigkeiten ergeben, und wie irrig es wäre, Hoffnungen auf die Unmöglichkeit des Transfers in den späteren Jahren zu setzen, um so wenigstens eines Teils der Verbindlichkeiten ledig zu werden, geht aus einer Bemerkung des Generalagenten hervor, in

der es heißt: Das Komitee (das Übertragungskomitee) ist ferner ermächtigt, den Reichsbankpräsidenten davon zu unterrichten, wenn nach Ansicht des Komitees der Diskontsatz der Bank nicht im Verhältnis zu der Notwendigkeit steht, bedeutende Übertragungen vorzunehmen. Trotzdem ist ja auch im Sachverständigenplan anerkannt, daß auf die Dauer in ihrer schließlichen Wirkung sich Sachlieferungen nicht von Barzahlungen unterscheiden, so daß auf die Dauer auch die Sachlieferungen den tatsächlich für die Ausfuhr verfügbaren Überschuß der deutschen Produktion über den Verbrauch nicht übersteigen können, ohne die Währung zu gefährden. Für diesen Fall ist ja bekanntlich ein gemischt zusammengesetzter Wohlstandsindex vorgesehen, nach dessen Schlüssel eine Veränderung der Deutschland auferlegten Leistungen vorgenommen werden könnte.

Die Sachlieferung erfolgt prinzipiell in der Weise, daß deutsche Privatpersonen mit ausländischen Privatpersonen — oder umgekehrt — Verträge abschließen unter der Vereinbarung, daß die vertragsmäßig zu zahlenden Beträge durch das Büro des Generalagenten bezahlt werden. Allerdings ist auch noch ein anderer Modus prattiziert worden. Bestimmte Waren wurden durch besonders eingerichtete Verkaufsstellen oder durch Verbraucherverbände zu Preisen verkauft, die von der Regierung genehmigt waren. Dabei war anscheinend der Verkaufspreis nicht durch den Erwerbspreis, sondern vielmehr durch den Preisstand im Käuferland bestimmt. Das führte allerdings dazu, daß zunächst die Gläubigerregierung den Differenzbetrag auf ihre eigenen Kosten übernahm und dadurch ihr Budget damit belastete; außerdem aber trat hier für die heimische Industrie ein Vorsprung in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ein, der einem Dumping sehr ähnlich sah. Eine solche Bevorzugung der Industrien einzelner unserer Gläubigerstaaten steht freilich in direktem Widerspruch zu dem Verlangen nach Reparationszahlung Deutschlands, die, wie ja auch der Bericht hervorhebt, letzten Endes doch nur geleistet werden können durch Verwertung der Mehrproduktion über den eigenen Verbrauch — durch Export! Der Nachschuß, der auf solche Weise gewährt wird, und der wohl hauptsächlich für Kohle und Düngemittel in Betracht kommt, wird vom Generalagenten auf 8 bis 15 Prozent geschätzt.

Besonders interessant sind die Mitteilungen aus dem Bericht des

Eisenbahnkommissars.

Er kann melden, daß in den ersten 11 Monaten sich ein Betriebsüberschuß von 765 Millionen Reichsmark ergab, wovon 200 Millionen für die Verzinsung der Reparationsschuldverschreibungen entrichtet wurden. Ein großer Teil des Restes wurde zur Rückstellung für die Zahlungen des zweiten Reparationsjahres verwandt. Das wird um so notwendiger sein, als sich die Wirkungen der Wirtschaftskrise auch auf der Eisenbahn, speziell in den Einnahmen aus dem Frachtenverkehr, im zweiten Jahre sicher ernsthaft bemerkbar machen werden.

Aus dem Bericht aber erfahren wir auch einiges Interessante, wiewgleich uns keineswegs Überraschende über die Wirkung des Arbeiter- und Beamtenabbaus bei der Reichsbahn. Ein Resultat, das zweifellos für die Wirkung des allgemeinen Abbaus symptomatisch ist. Die Stelle sei darum wörtlich wiedergegeben:

Obgleich die Anzahl der Bediensteten der Gesellschaft im Laufe des Jahres verringert worden ist, ist doch keine entsprechende Verminderung der Personalausgaben eingetreten, weil infolge der bestehenden Gezehe das Ergebnis lediglich darin bestand, daß ein großer Teil der entlassenen Bediensteten anstatt Gehaltsempfänger nunmehr Ruhegeldempfänger wurde. Die gesamte Ruhegeldlast der Gesellschaft beläuft sich jetzt nach ihren amtlichen Voranschlägen auf rund 400 Millionen Reichsmark oder, mit anderen Worten, auf fast zwei Drittel des vollen Jahresverdienstes der 11 Milliarden Schuldverschreibungen der Gesellschaft.*

Damit aber ist nicht nur gesagt, daß die große Abbauaktion tatsächlich keinen finanziellen Vorteil gebracht hat, sondern es drückt sich darin auch die Tatsache aus, daß ganz ungeheure Summen des Volksvermögens völlig unproduktiv verwendet werden, so daß ohne Ersparniszielung die Anspannung der in Arbeit stehenden Menschen gesteigert, wichtigste Volkskraft also stärker und rascher abgenutzt und der Zustand der Sicherheit herabgemindert wird.

Ist so auf diesem Gebiete eine volle Bestätigung unserer Erwartungen eingetreten, so trifft es nicht minder zu für die Feststellungen des Kommissars für die

verpfändeten Einnahmen.

Hier treten in der Tat Momente zutage, auf die wir bereits im vergangenen Sommer bei jener berüchtigten Steuer- und Zollgesetzgebung verwiesen hatten. Unsere Leser werden sich erinnern, daß als Sicherheit für die deutsche Reparationsschuld der Ertrag der Zölle, der inneren Verbrauchsabgaben auf Tabak, Bier und Zucker und der Reingewinn des Branntweinmonopols verpfändet sind. Die Summe dieser Eingänge dient aber nicht nur als Sicherheit für die Entente, sondern ist zugleich auch der Index für Deutschlands Zahlungsfähigkeit bis zum Ablauf des vierten Reparationsjahres. Von diesem Zeitpunkte aber ist bekanntlich der gemischte Wohlstandsindex zur Messung der deutschen Leistungsfähigkeit vorgesehen. So wurde von uns schon im letzten Sommer darauf hingewiesen, daß das Steuerprogramm der Rechtsregierung, das wesentlich in der Erhöhung der Massensteuern und Zölle bestand, von einer Freudigkeit für recht hohe Reparationszahlungen zeugt, die von diesen „nationalsten“ Parteien einigermaßen bestreuden mußte. Der Erfolg ist denn auch prompt eingetreten. Denn während der Sachverständigenplan aus diesen Quellen nur Einnahmen von 1250 Millionen Goldmark vorsah, sind während der ersten elf Monate des ersten Zahlungsjahres auf das Jahr berechnet rund 1728 Millionen eingegangen. Selbstverständlich knüpft der Reparationsagent daran die Bemerkung, daß, wenn die Steigerung so weitergeht, sie zu einer Erhöhung der Jahreszahlen für das dritte und vierte Jahr führen kann!

Würde dies tatsächlich eintreten, so hätte die patriotische Regierung Deutschlands für sich das Verdienst zu verbuchen, daß sie eine derart vaterländische Politik betrieb, die Deutschlands Schuldbast dem Ausland gegenüber freiwillig erhöhte. Wir gratulieren den Deutschnationalen für diesen großartigen Erfolg.

Wenig erfahren wir vom Treuhänder für die

deutschen Industrie-Schuldverschreibungen,

was daraus erklärlich ist, daß der Plan aus dieser Quelle im ersten Jahre keine Zahlungen verlangte. Es wird angesichts der herrschenden Geldknappheit

nicht überraschen, zu erfahren, daß keines der belasteten Unternehmungen von dem Rechte Gebrauch gemacht hat, bis zum 31. August 1925 die ausgestellten Schuldverschreibungen ganz oder teilweise zurückzukaufen. Doch da gegenwärtig der Geldmarkt für diese Schuldverschreibungen überhaupt nicht sehr aufnahmefähig sein dürfte, bleibt immer noch von Bedeutung, daß dieses Rückkaufrecht solange besteht, als der Treuhänder die Schuldverschreibungen nicht verkauft hat.

Da wir aber damit zu rechnen haben, daß die deutschen Unternehmer ein großes Geföhne von sich geben werden über die angeblich schwere Belastung, die ihnen für die Reparation auferlegt ist, sei jetzt bereits darauf hingewiesen, daß im zweiten Jahre die von der Industrie zu entrichtende Summe insgesamt nur 125 Millionen Goldmark für den Dienst der Schuldverschreibungen ausmacht, so daß hieraus wahrlich kein berechtigter Grund zu etwa zu versuchendem Lohndruck abgeleitet werden kann. Der Treuhänder erwähnt ferner, daß das Betriebsvermögen der der Industriebelastung unterworfenen deutschen Unternehmungen rund 32 Milliarden Goldmark beträgt, so daß die jährliche Zahlung vom endgültigen Leistungsjahre ab von 300 Millionen etwas weniger als ein Prozent des in diesen Unternehmungen angelegten Gesamtkapitals ausmachen würde. — Sehr überwältigend sind somit die „Opfer“ der deutschen Industrie für diesen Zweck gerade nicht.

:::

:::

:::

Produktion und Lohnanteil

Eduard Wederle (Amsterdam)

Einige Produktionsziffern, die der Arbeitsminister der Vereinigten Staaten von Amerika, James J. David, in einer im September vorigen Jahres gehaltenen Rede angeführt hat und die in der Oktoberausgabe des *Labor Monthly*, der vom amerikanischen Arbeitsamt herausgegebenen Monatschrift wiedergegeben sind, zwingen zu Beachtung und Betrachtung.

Die Zahlen beziehen sich auf drei Industriegruppen, und zwar: a) Schuhfabrikation, b) Mühlenbetriebe und c) Teerkohlenindustrie.

a) **Schuhfabrikation.** In den Vereinigten Staaten gibt es zurzeit 1570 Schuhfabriken. Von diesen erzeugen 227 oder 14½ Prozent der Betriebe allein 65,6 Prozent aller gefertigten Schuhe des Landes. Zusammen beschäftigen diese 227 Fabriken 110 913 Arbeiter, was 60,4 Prozent der Gesamtzahl der in der amerikanischen Schuhindustrie tätigen Arbeiter entspricht. Pro Arbeiter ist die Jahreserzeugung in diesen Betrieben 1696 Paar Schuhe mit einem Werte von 5133,77 Dollar. Würden diese Betriebe mit voller Kapazität an allen 300 Arbeitstagen arbeiten, so wäre ihre Gesamterzeugung bei gleichbleibender Arbeiterzahl etwa 95 Prozent der gegenwärtigen Schuhfabrikation der Vereinigten Staaten.

Die übrigen Schuhfabriken teilt Davis in zwei Gruppen. Die eine umfaßt 738 Betriebe oder 47 Prozent der Gesamtzahl, beschäftigt 35 Prozent der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und ist an der Gesamtproduktion mit 31 Prozent beteiligt, während die andere Gruppe aus 605 Fabriken oder 38,5 Prozent aller Betriebe besteht, 3,9 Prozent der in der Schuhindustrie tätigen Personen beschäftigt und 2,6 Prozent der Gesamtproduktion erzeugt.

b) **Mühlenbetriebe.** Hier herrschen die Großbetriebe noch weit stärker vor als in der Schuhfabrikation, denn von den insgesamt vorhandenen 8019 Betrieben erzeugen allein 228 oder 2,8 Prozent nicht weniger als 62,1 Prozent der Gesamtproduktion ihrer Industrie, obgleich in ihnen nur 42 Prozent der Gesamtarbeiterschaft aller Mühlenbetriebe beschäftigt sind. Auch diese Betriebe arbeiten nicht mit voller Kapazität. Wäre dies der Fall,

so könnten sie mit Leichtigkeit und ohne Erhöhung der Arbeiterzahl so viel erzeugen, wie gegenwärtig alle 8019 Betriebe zusammen.

Die übrigen Betriebe werden von Davis wieder in zwei Gruppen eingeteilt. Die eine umfaßt 93 Unternehmungen (11,9 Prozent), beschäftigt 29,4 Prozent aller Arbeiter ihrer Industrie und ist an der Gesamtproduktion mit 25,9 Prozent beteiligt, während die entsprechenden Ziffern für die andere Gruppe sind: 6338 Betriebe (85,3 Prozent), 28,5 Prozent der Arbeiter und 12 Prozent der Gesamtproduktion.

c) **Leerkohlenbergbau.** Hierfür greift Davis nur den Staat Illinois heraus. Auch scheidet er von vornherein die 694 Kohlenzechen mit nur lokaler Bedeutung aus und betrachtet lediglich diejenigen Betriebe, deren Erzeugung per Schiff oder Eisenbahn verfrachtet wird. Die Zahl dieser Zechen ist 338. In 1923/24 arbeiteten diese Zechen durchschnittlich nur an 139 Tagen, und zwar arbeiteten 10 Prozent davon an weniger als 60 Tagen im Jahr. Der Jahresdurchschnitt von 139 Tagen wurde nur von 55 Prozent aller Zechen erreicht, während lediglich drei Zehntel aller Betriebe, das ist etwa 1 Prozent, an 270 und mehr Tagen im Jahr arbeiteten. Gätten nur 84, das heißt rund ein Viertel aller 338 berücksichtigten Zechen an 300 Tagen im Jahr gearbeitet, so würden sie 77,7 Millionen Tonnen Kohle erzeugt und damit die Gesamtproduktion aller 338 Zechen noch um 7 Millionen Tonnen übertroffen haben.

Diese Zahlen zeigen, wie stark schon heute der Großbetrieb in den Vereinigten Staaten überwiegt, denn ungefähr geben sie das Bedeutungsverhältnis der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in allen Industrien dieses Landes wieder. Indessen interessieren hier nur die Betrachtungen, die Davis an diese Ziffern knüpft. Er erklärt:

„Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß unsere Produktionsmaschinerie nicht während 300 Tagen im Jahr arbeiten kann, ohne eine größere Menge zu erzeugen, als weder in diesem noch in irgend einem der andern Länder verkauft werden kann.“

Den Ursachen dieser Tatsache spürt Davis weiter nicht nach. Er begnügt sich lediglich mit der Feststellung, daß in gewissen Industrien eine „Überentwicklung“ bestehe. Aber gleichwohl glaubt er einen sehr einfachen Weg weisen zu können, dessen Beschreiten die Folgen der „industriellen Überentwicklung“ beseitigen würde: Er will die besonders leistungsfähigen Unternehmungen instand setzen, ihre Produktionsmaschinerie an allen 300 Arbeitstagen des Jahres auszunützen und verlangt, daß die übrigen Betriebe eingestellt werden, da deren Produktionsweise, gemessen an der Produktionsweise der übrigen, nichts anderes als „waste“, als Vergeudung bedeutet. „Erlauben die bestehenden Gesetze das Beschreiten dieses Weges nicht, dann schaffe man Gesetze, die dies wohl gestatten.“

Was aus den Arbeitern der zu schließenden Betriebe werden soll, sagt Davis nicht. Er sieht nur die durch die Statistik ausgewiesene höhere Leistungsfähigkeit der Großbetriebe (das heißt der 14½ Prozent in der Schuhindustrie, der 2,8 Prozent in der Mühlenindustrie usw.) und betrachtet die andern nicht nur als überflüssig, sondern zugleich als wirtschaftsschädigend. Davis meint nämlich, daß die von ihm als existenzberechtigt betrachteten Betriebe sofort eine allgemeine Herabsetzung der Preise vornehmen würden, wenn ihnen nur erst die restlose Ausnützung ihres Produktionsapparates ermöglicht ist.

Abgesehen nun davon, daß man berechtigt ist, diese Behauptung stark anzuzweifeln, da bei Durchführung der von Davis vorgeschlagenen Maßnahme einem kleinen Prozentsatz von Unternehmungen eine Monopolstellung in ihrer Industrie eingeräumt wird, begeht Davis einen anderen Denkfehler: Davis übersieht nämlich in seinem geradezu hysterisch gewordenen Kampf

gegen „wastes in industries“ (Produktionsvergeudung), daß die Wirkung einer möglichen Verbilligung der Produkte mehr als aufgehoben wird durch die als natürliche Folge der von ihm vorgeschlagenen Betriebsschließungen auftretende Schwächung der Gesamtkaufkraft. Wohl ist es vom Standpunkt einer gesunden Produktionsordnung gesehen unwirtschaftlich, technisch rückständige Betriebe auf Kosten der anderen in Gang zu halten, aber die Durchführung einer derartigen produktionswirtschaftlichen Auslese ist an die Erfüllung einer wichtigen Voraussetzung gebunden: **der Gesamtanteil der Arbeiterschaft an der Produktion darf zumindest nicht zurückgehen.** Mit anderen Worten: die Gesamtlohnsumme einer reduzierten Zahl Arbeiter muß zumindest hinreichen, um einen ebenso großen Prozentsatz der Erzeugung zurückkaufen zu können, als es früher mit der Gesamtlohnsumme der nicht-reduzierten Arbeiterzahl möglich war. Bleibt diese Voraussetzung unerfüllt, steigt die Gesamtlohnsumme der weiterbeschäftigten Arbeiter nicht entsprechend oder gehen die Preise der Industrie nicht in diesem Verhältnis zurück, dann bleibt jede Industrie nach erfolgter Auslese an demselben Punkt stehen, an dem sie vor der Auslese stand: **sie findet keine Abnehmer, weil die Spannung zwischen Produktionsvermögen und Kaufkraft unverändert bestehen bleibt.**

Es ist dies eines der wichtigsten Gesetze, das die Beziehung zwischen Produktion und Konsumtion bestimmt und das in seiner wirklichen Tragweite nur deswegen nicht vollaus erkannt und begriffen wird, weil der kapitalistische Unternehmer bisher die im Laufe des Industrialisierungsprozesses eingetretene Vermehrung der Differenz zwischen Produktionswert und Lohnanteil durch die Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten (Ausnutzung der Kaufkraft anderer Bevölkerungsschichten — Bauern usw. — oder gar anderer Länder — Ausfuhr —) ausgleichen konnte. Je mehr aber die Industrialisierung im internationalen Maßstab fortschreitet und immer mehr auch die kolonialen und halbkolonialen Länder erfasst, desto mehr verringert sich diese Möglichkeit und desto mehr führt der verminderte Produktionsanteil der Industriearbeiterschaft zu einer Einengung des Absatzes.

Die Wirtschaftskrisen, die heute fast alle europäischen Industrieländer bis in die Grundfesten erschüttern, sind im wesentlichen nichts anderes als das natürliche Ergebnis der ständigen Mißachtung des Gesetzes, daß der Anteil der Arbeiterschaft an der Produktion unter ein gewisses Verhältnis nicht hinabsinken darf. Gerade diese Mißachtung ist aber ein Lebenselement für den Kapitalismus, denn was er als Produktionsfortschritt begreift, ist im Grunde besehen nur ein Mittel, den Anteil des Kapitals an der Produktion zu steigern und den Anteil der lebenden Produktionskraft zu mindern. Es ist daher auch vollkommen abwegig, von einer „Rationalisierung der Produktion“ allein eine Überwindung der gegenwärtigen Absatzkrise zu erhoffen. Wohl mag es gelingen, durch einen Vorsprung in den Produktionsmethoden die Absatzmöglichkeiten zu erweitern, aber einmal würde dies nur auf Kosten anderer Betriebe bzw. Industrien (und deren Arbeiterschaft) geschehen können und zum andern wäre der Erfolg nur ein vorübergehender. Eine wirkliche und bleibende Besserung ist einzig und ausschließlich dadurch zu erzielen, daß die Gesamtlöhne der Industriearbeiterschaft im gleichen Verhältnis steigen wie die Produktionsleistung selbst gestiegen ist.

Auch das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ kann auf die Dauer über dieses Gesetz nicht hinwegspringen, und wenn dies auch die bürgerlichen Ökonomen vom Schläge eines Davis und die von ihren persönlichen Erfolgen geblendeten Industriekönige vom Schläge eines Ford noch nicht begreifen wollen — die Erkenntnis selbst beginnt Wurzeln zu schlagen. Ein Beweis hierfür ist die auf dem letzten Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes erfolgte Annahme der nachstehenden, von dem Redakteur des International Molders' Journal (Zeitung der Gießereiarbeiter-Internationale Amerikas) eingebrachten Resolution:

„Soziale Ungleichheit, industrielle Unbeständigkeit und Ungerechtigkeit müssen zunehmen, wenn nicht die Reallöhne der Arbeiter, die Kaufkraft ihrer Löhne, im Verhältnis zur gestiegenen Produktion steigt.“

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß selbst die in aller Welt um ihre hohen Löhne beneideten amerikanischen Arbeiter sich darüber Rechenschaft geben, daß ihre Lohnpolitik darauf gerichtet sein muß, das Einkommen der Arbeiter- und Angestelltenschaft im Verhältnis zur Produktionsleistung zu steigern.

Auch in England beginnt man mehr und mehr einzusehen, daß für die Lohnpolitik andere Maßstäbe anzulegen sind, als ein bloßer Vergleich der Reallöhne von heute und gestern, und daß als entscheidende Forderung eine Steigerung der Wohlfahrt der Arbeiterschaft entsprechend der gestiegenen Produktionsleistung zu erheben ist. So hat die Unabhängige Arbeiterpartei an Weihnachten einen Aufruf erlassen, in dem zwecks Bekämpfung der Armut die Forderung nach „living wages“ — Lebenslöhnen — aufgestellt wird. Die Formulierung der Forderung selbst dünkt uns etwas unglücklich, da sie leicht zu Verwechslung mit Existenzlöhnen, lebensnotwendigen Löhnen führt. Aber der in dem Aufruf gegebene Kommentar und vollends die im „New Leader“ hierzu erschienenen Artikel lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sich die englische Forderung mit der amerikanischen im Prinzip deckt. Eines haben aber die Engländer den Amerikanern voraus: sie begreifen, daß die Durchsetzung dieser Forderung zur Vernichtung des kapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt führen muß und darum allein und ausschließlich in schärfstem wirtschaftlichem und politischem Kampfe erreicht werden kann. In der Tat hat die Forderung von „Lebenslöhnen“ einen eminent **offensiven**, das heißt angreifenden Charakter. Die Amerikaner scheinen sich über diese gleiche Bedeutung der auf ihrem Kongreß angenommenen Resolution noch etwas zu täuschen. Wohl betonen in der Monatschrift des amerikanischen Gewerkschaftsbundes erschienene Artikel die grundsätzliche Bedeutung der zur Lohnfrage angenommenen Resolution, aber zugleich klingt doch die starke Hoffnung durch, daß die Erfüllung der erhobenen Forderung auf kampflösem Wege möglich sei. Die Tatsachen dürften die amerikanischen Gewerkschaften schon innerhalb einer kurzen Zeitspanne belehren, daß diese Hoffnung illusorisch ist. Wir werden dann im Charakter der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung den gleichen Umschwung erleben, der heute in England zu verzeichnen ist.

Das Wirtschaftsjahr 1925

F. Petrich (Gera)

VI. Die Produktion

An diesem außerordentlich wichtigen Punkte der deutschen Wirtschaftsrechnung vermögen jene Sachverständigen, die auch in der tiefsten Misere ihren Optimismus behalten, so etwas wie einen Silberstreifen zu entdecken. Von einer Produktionskrise ist inmitten der schweren Absatzkrise kaum noch die Rede. Mit besonderer Genugtuung wird konstatiert, daß die Produktion in den grundlegenden Wirtschaftszweigen, Bergbau und Landwirtschaft, in einer lebhaften Aufwärtsentwicklung begriffen sei. Ja, man geht sogar so weit, in dieser Erscheinung einen Fortschritt und ein Zeichen erfolgreicher Stabilisierung zu erblicken. Wir werden sehen, was es damit auf sich hat. Die Produktionsziffern sind folgende:

Kohlenförderung des Ruhrbezirks (in Tonnen)

Monate	Schichtdauer unter Tage (einschließlich Ein- und Ausfahrt)							
	8 1/2 Stunden	arbeits-tägliche Förder-ung	8 St. b. 31. 3 7/8 Stb. vom 1.-8.4. 7 St. seit 9.4.		8 Stunden	arbeits-tägliche Förder-ung	8 Stunden	arbeits-tägliche Förder-ung
			1913	1919				
Januar . . .	9 786 005	389 493	6 263 070	248 042	6 471 155	248 891	9 560 005	378 614
Februar . . .	9 194 112	383 088	5 430 776	226 282	7 530 359	301 214	8 396 950	349 873
März . . .	9 181 430	382 560	6 299 591	242 292	8 504 499	327 096	9 047 182	347 969
April . . .	9 969 569	383 445	* 2 132 607	* 88 859	8 354 883	348 120	8 300 432	345 851
Mai . . .	9 261 448	381 915	5 826 873	233 075	* 1 610 280	* 61 934	8 403 531	336 141
Juni . . .	9 586 385	383 455	5 607 977	241 203	7 610 620	327 338	7 881 549	331 855
Juli . . .	10 150 847	375 939	6 696 813	248 030	9 123 541	337 909	8 811 053	326 335
August . . .	9 795 236	376 740	6 518 894	250 727	8 679 216	333 816	8 591 371	330 437
September . . .	9 696 397	372 938	6 580 219	253 085	9 159 339	352 282	8 732 962	335 883
Oktober . . .	9 895 090	386 484	6 945 901	257 256	9 578 804	354 770	9 170 107	339 634
November . . .	8 932 276	386 261	6 172 248	265 473	8 480 642	364 759	8 533 390	355 558
Dezember . . .	9 101 856	377 279	6 471 130	266 851	8 968 922	369 852	—	—
Januar-Dez. . .	114 550 153	3 798 840	70 946 099	2 357 701	94 072 260	3 097 703	—	—

Diese Produktionsstatistik des Ruhrbergbaus ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Ihrer Entwicklungstendenz entspricht überhaupt das Produktionsergebnis des deutschen Kohlenbergbaus: Wir bewegen uns auf der Höhe des Standes von 1913. Betrag 1913 für das gegenwärtige Reichsgebiet die Monatsförderung 11,73 Millionen Tonnen, so im Juli 1925 11,24, im August 11,06, im September 11,36 und im Oktober 11,95 Millionen Tonnen. Diese Resultate sind erreicht mit einer verminderten Belegschaft. Im Ruhrbergbau betrug zum Beispiel die Zahl der Beschäftigten 1913 420 300, im November 1925 dagegen 400 490; sie geht von Woche zu Woche weiter zurück. Das sind die Früchte der Produktionsrationalisierung, die im verflossenen Jahr mit bedeutenden Anstrengungen und in einem lebhaften Tempo durchgeführt worden ist. Wir sind grundsätzliche Vertreter einer Rationalisierung, wir haben sie immer gefordert und fordern sie weiter, aber wir stellen fest:

der Kapitalismus vermag noch mit Mühe und Not eine gewisse Produktionsökonomie durchzuführen, aber er trägt den einfachsten Anforderungen der Menschenökonomie keine Rechnung. Die 70- bis 80 000 Bergarbeiter, die 1925 vom Ruhrbergbau abgeschoben worden sind, sind erwerbslos, existenzlos, einem völlig ungewissen Schicksal ausgeliefert. In anderen Industriezweigen spielen sich ähnliche Vorgänge ab. Menschenökonomie wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer nur soviel vorhanden sein, als das Proletariat auf Grund seiner Macht durchzuführen vermag... Trotz der relativ günstigen Ergebnisse im Kohlenbergbau haben wir eine Kohlenkrise. Sie ist gewiß international, sie hat aber auch ihre deutschen Besonderheiten. Als solche dürften an erster Stelle stehen die noch immer zu hohen Produktionskosten; in der internationalen Sphäre dagegen spielt sich das Vordringen des Erdöls als Heizmittel und die Verbesserung der Heiztechnik ab. Wie hier ein Ausweg gefunden werden kann, ist noch nicht genügend klar.

Nicht so günstig wie die Steinkohlenproduktion gestaltete sich die Eisen- und Stahlproduktion. Gegenüber 1924 ist zwar ein beträchtlicher Aufstieg zu verzeichnen, aber der Abstand von der Produktionsmenge des Jahres 1913 beträgt doch mindestens noch 40 Prozent und für die Verschärfung der Krise ist kennzeichnend, daß im zweiten Halbjahr die Produktion von Monat zu Monat zurückgeht. Nach „Stahl und Eisen“ wurde an Roheisen und Rohstahl in Millionen Tonnen produziert:

		November	Oktober	September	Jan.-Nov.
Roheisen	1925	0,760	0,742	0,879	9,461
	1924	0,786	0,759	0,866	6,939
Rohstahl	1925	0,876	0,928	0,735	11,442
	1924	0,969	0,939	0,696	8,786

Das ist gegenüber 1913 mit 19 $\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen ein weiter Rückstand. Die Produktion an Walzwerkzeugnissen betrug

	November	Oktober	September	Jan.-Nov.
im Jahre 1925	0,709	0,773	0,777	9,563
„ „ 1924	0,812	0,779	?	7,294

Nach derselben Quelle ist im Dezember eher ein ungünstigeres als ein besseres Ergebnis zu verzeichnen.

Die Ernte weist nach den letzten Ermittlungen für 1925 einen relativ günstigen Stand auf. Ohne das Saargebiet wurden in 1000 Tonnen folgende Mengen geerntet:

	1925	1924	Durchschnitt 1911/13
Winterroggen	7965	5584	9453
Sommerroggen	98	146	132
Roggen (zusammen)	8063	5730	9585
Winterweizen	2976	2091	3320
Sommerweizen	241	337	445
Weizen (zusammen)	3217	2428	3765
Winterspelz	155	116	415
Brotgetreide (insgesamt)	11435	8274	13765
Wintergerste	317	213	—
Sommergerste	2282	2187	2870
Gerste (zusammen)	2599	2400	—
Hafer	5585	5654	7680
Kartoffeln	41718	36402	87962

Der Ertrag nähert sich dem Vorkriegsstande auch nach Umrechnung auf den Hektar. Prof. Hirsch vertritt die Auffassung, daß die wirkliche Ergiebigkeit der Landwirtschaft höher sei, als es die offizielle Statistik nachweist. Aus der Zeit der Zwangswirtschaft sei noch immer die Übung beibehalten, die Ernteerträge wesentlich niedriger anzugeben, als sie in Wirklichkeit sind. Dafür spricht manches, erwiesen ist aber jedoch nicht, daß die Methode auch heute noch geübt wird. Zu Optimismus ist kein Anlaß vorhanden. Die Zerrissenheit der europäischen Agrarwirtschaft, die hohen Preise und die trotz alledem vorhandene Agrar Krise zeigen, daß der Weltkrieg der Landwirtschaft Wunden geschlagen hat, die noch nicht geheilt sind.

Die Produktionsresultate anderer Wirtschaftszweige lassen die in jüngster Zeit eingetretene Krisenverschärfung noch nicht so stark in die Erscheinung treten. Der Absatz des Kaliynditats, dem etwa auch die Produktion entspricht, weist Rekordziffern auf: 12,25 Millionen Doppelzentner gegen 8,42 Millionen Doppelzentner in 1924, 8,86 in 1923, 12,96 in 1922 und 11,10 in 1913 (einschließlich Elsaß). Die Kaliindustrie hat ein glänzendes Produktions- und Verkaufsjahr hinter sich.

Die Produktion von Rohzucker entspricht mit 15 836 000 Doppelzentnern etwa dem vorjährigen Ergebnis (15 785 598 Doppelzentner).

Das Bauwesen zeigt während der letzten vier Jahre folgende Entwicklung:

1922		1924	
Wohnhäuser	40809	Wohnhäuser	18208
Fabrik- und sonstige Bauten	4607	Fabrik- und sonstige Bauten	6828
1923		1925	
Wohnhäuser	5960	Wohnhäuser	41889
Fabrik- und sonstige Bauten	3062	Fabrik- und sonstige Bauten	12961

Das ist für das verflossene Jahr eine erfreuliche Steigerung der Bautenzahl, aber es ist noch nicht entfernt hinreichend, um die Wohnungsnot zu beheben.

Entscheidend für die Produktion ist nicht allein die Menge der hergestellten Güter, sondern auch ihr Preis, ihr Absatz, kurz die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sie produziert werden. Wir streifen hier im Vorbeigehen das Problem der Rationalisierung der Produktion, das, wie aus vielen Anzeichen zu ersehen ist und insbesondere die Tagung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit am Jahresende gezeigt hat, erst in den ersten Anfängen steht. Die deutsche Wirtschaft muß auf der ganzen Linie zur Qualitätsproduktion kommen. Ob das unter privatkapitalistischer Führung noch möglich ist, ist eine andere Frage.

Die Weltwirtschaftskonferenz

Dr. Judith Grünfeld (Vena)

Das Wirtschaftsleben stand im verflossenen Jahre stärker denn je im Zeichen internationaler Organisation. Das deutsch-französische Kaliabkommen, der Glühlampentrust, die Vorbereitung des europäischen Eisentrusts, dessen Zustandekommen infolge der Verzögerung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nur aufgeschoben wurde, das Syndikat der euro-

päischen Leimindustrie, das im Entstehen begriffen ist, mögen hier als wichtigste Beispiele angeführt werden. Wirft man die Frage auf, in welchen wirtschaftlichen Vorgängen diese Organisationsbestrebungen wurzeln, so ist es ohne weiteres klar, daß die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes einerseits und die äußerst ungünstige Lage der Absatzmärkte andererseits in der Richtung des Zusammenschlusses wirken.

Der Verlauf, den die weltwirtschaftliche Konjunktur in der zweiten Hälfte des verflossenen Jahres genommen hat, indem in den Vereinigten Staaten eine Hochkonjunktur sich einstellte, während in Europa die Wirtschaftskrise im allgemeinen eine Zuspitzung erfuhr, hat das Bewußtsein der **gemeinsamen Nöte der europäischen Wirtschaft** gesteigert. Auch diejenigen, die in der nationalen Verschonung, nämlich in dem althergebrachten System der Schutzzölle das Allheilmittel erblicken, können sich immer weniger dieser Erkenntnis verschließen. Für die innere Zwiespältigkeit der herrschenden Wirtschaftspolitik ist es bezeichnend, daß oft dieselben Wirtschaftskreise, die den internationalen Zusammenschluß bestimmter Produktionszweige anstreben, gleichzeitig extreme Anhänger der Hochschutzzollpolitik sind, das heißt jener Handelspolitik, die den Warenaustausch hemmt, die internationale Arbeitsteilung verfälscht und die Waren letzten Endes verteuert. Das klassische Beispiel dieser Wirtschaftspolitik bietet das Vorgehen der deutschen Schwerindustrie, die gleichzeitig für den europäischen Eisentrust und für die deutschen Hochschutzzölle energisch eingetreten ist. Gerade im Falle der Eisenindustrie trat es besonders klar zu. Vorschein, daß der internationale Zusammenschluß bestimmter Produktionszweige, wenn er sich auf ein gegenseitiges System der Hochschutzzölle stützt, nicht nur keine Rationalisierung der europäischen Wirtschaft, das heißt keine Verbilligung der Produktion gewährleisten kann, sondern das gerade Gegenteil davon, nämlich eine Warenverteuern bewirken muß. Die Verquickung der monopolistischen Tendenzen der mächtigen Trusts und Kartelle mit der staatlichen Handelspolitik eröffnet daher keine Aussicht auf eine Neugestaltung der europäischen Wirtschaft, die angesichts der immer mehr sich zuspitzenden Wirtschaftskrise dringend erheischt wird.

Für das verflossene Jahr war es aber gerade bezeichnend, daß neben dem immer hervortretenden Drang zur internationalen Vertrustung ein hochgespannter Protektionismus in den alten und neuen europäischen Staaten sich breitmachte. Die politische Zerstückelung Europas hat eben in der Handelspolitik einen Rückschlag bewirkt, aber dieser Neumerkantilismus im Zeitalter der weltumspannenden Wirtschaft ist ebensowenig den modernen Wirtschaftsproblemen gewachsen, wie etwa die Postkutsche dem modernen Verkehr entsprechen würde. Die zahlreichen Handelsvertragsverhandlungen, die das Jahr 1925 wie kein Nachkriegsjahr ausgefüllt haben, waren danach angetan, die wirtschaftlichen Schäden der europäischen Kleinstaaterei und der gegenseitigen Zollabspernung allen denjenigen deutlich vor Augen zu führen, die sich dieser Erkenntnis nicht bewußt verschließen wollen. In einer Zeit der schwersten Absatzkrisen wird allenthalben durch überspannte Zölle der Schutz der nationalen Produktion schlechthin betrieben, anstatt daß nur die wirklich konkurrenzfähigen nationalen Produktionszweige gefördert würden. Nun hat gerade das Überhandnehmen der neumerkantilistischen Handelspolitik in dem zerstückelten Europa das Bewußtsein der Zweckwidrigkeit einer solchen Politik

gesteigert. Dieser immer mehr um sich greifenden Erkenntnis entstammt der Ruf nach den **Vereinigten Staaten Europas**, nach einer europäischen Zollunion. Es ist bezeichnend, daß auf Anregung des Grafen Coudenhove-Kalergi, der schon vor mehreren Jahren für die Idee der Vereinigten Staaten von Europa in der Presse eintrat, vor kurzem in New York ein amerikanisches Komitee der paneuropäischen Union gebildet wurde. Die Vorträge, die Coudenhove-Kalergi in Amerika über die Vereinigten Staaten von Europa hielt, sollen nach den Meldungen der Tagespresse überall ein lebhaftes Interesse hervorgerufen haben. Es wäre nun zu wünschen, daß man vor allem in Europa selbst an die Lösung dieses geschichtlichen Problems mit der nötigen Energie herantreten würde.

Bleibt die internationale Vertrustung in den Bahnen der üblichen privatwirtschaftlichen Organisationsformen, wobei mächtige **Monopolgebiete** um die Wirtschaft der Völker errichtet werden, so handelt es sich bei der Forderung einer europäischen Zollunion um eine **Neuschöpfung** von größter Tragweite. Dieser Forderung liegt eben die Erkenntnis zugrunde, daß die Volkswirtschaft immer mehr zu einer **Wirtschaft der Völker** über die Staatsgrenzen hinaus sich auswächst. In der Vertiefung dieser Erkenntnis ist die Überwindung des wirtschaftlichen, aber dann auch des politischen Chauvinismus verankert.

Es sind bittere und harte wirtschaftliche Tatsachen, die den europäischen Völkern in der Nachkriegszeit die Notwendigkeit des Zusammenschlusses einhämmern. Massenarbeitslosigkeit, stillgelegte Betriebe, Teuerung, Kapitalnot, Verschuldung und Steuerdruck erzeugen grenzenloses Elend. Eine tiefgehende Unsicherheit lastet immer drückender auf der europäischen Wirtschaft. In dem einen Lande kommt diese Unsicherheit in der Gestalt der Inflation mit ihren Folgeerscheinungen, in dem andern Lande, wie gegenwärtig in Deutschland, kommt sie als Deflationskrise zum Ausdruck. Wie laminenartig die Arbeitslosigkeit in Deutschland von Monat zu Monat anschwillt, ist zur Genüge bekannt. Hier mögen einige Angaben den Stand der Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Gewerben anderer europäischer Länder illustrieren.

In England waren im November 1925 im Maschinen- und Schiffbau 15,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos; in der Metallindustrie als Ganzes genommen, betrug die Arbeitslosigkeit zur gleichen Zeit 14,3 Prozent. In Schweden erreichte die Arbeitslosigkeit im Oktober 1925 im Baugewerbe 24,3 Prozent, im Holzgewerbe 19,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder. In Dänemark, in Norwegen, in der Schweiz, in Österreich, in Ungarn und in Polen ist die Arbeitslosigkeit in Zunahme begriffen. Eine Ausnahme bilden unter den europäischen Völkern nur Frankreich und Italien, die noch im Rausche der Inflationskonjunktur leben, die aber nach der Stabilisierung derselben Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sein werden. Im November 1925 betrug die Arbeitslosigkeit insgesamt in Prozenten der Gewerkschaftsmitglieder:

in Deutschland	England	Schweden	Norwegen	Niederlande*
10,7	11,0	10,0	10,1	8

Stellt man der europäischen Massenarbeitslosigkeit die Angaben über den Beschäftigungsgrad in den Vereinigten Staaten gegenüber, so wird man den tiefen Unterschied zwischen der europäischen und amerikanischen Wirtschaft gewahr.

* Vergl. Wirtschaft und Statistik, 2. Dezemberheft 1925.

Seit August 1925 weist der Beschäftigungsgrad in den Vereinigten Staaten eine erhebliche Zunahme auf. Im Staate New York zum Beispiel war der Beschäftigungsgrad in der Metall-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie im Oktober 1925 um 20 Prozent, in der Pelz-, Leder- und Gummiindustrie um 13 Prozent höher als im Juni 1914; in der Chemischen und der Holzindustrie war der Beschäftigungsgrad derselbe wie vor dem Kriege.

Während Arbeitslosigkeit und Steuerlast die Kaufkraft der europäischen Volksmassen noch mehr herabdrücken und die Absatzkrisen verschärfen, wächst die Kaufkraft des amerikanischen Innenmarktes infolge des guten Beschäftigungsgrades und der verhältnismäßig hohen Reallöhne immer mehr. Es klingt in Europa mit seiner immer anwachsenden Steuerlast wie ein Märchen aus fernem Lande, wenn man erfährt, daß die 4. Quartalsrate der amerikanischen Einkommenssteuer im Jahre 1925 nicht eingefordert wurde, weil der Staatsbedarf voll gedeckt war.

Betrachtet man die Produktionsstatistik, die Börsenindere, die Kapitalanhäufung und die Ausfuhrstatistik der Vereinigten Staaten, so wird man den tiefen Gegensatz der Entwicklungstendenzen der amerikanischen und europäischen Wirtschaft gewahr. Zwei umfassende Untersuchungen, wie der Bericht des englischen Balfour-Komitees über die Ursachen der wirtschaftlichen Depression in England und das Memorandum des Völkerbundes über Zahlungs- und Handelsbilanzen von 1914 bis 1924, die im Jahre 1925 veröffentlicht wurden, haben wichtiges Material über den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Europa und Amerika zutage gefördert. Aus den Angaben des erwähnten Memorandums des Völkerbundes kann man, um nur ein Beispiel anzuführen, ersehen,

daß der Anteil Europas an der Weltausfuhr von 65,99 Prozent im Jahre 1913 auf 56,66 Prozent im Jahre 1924 (unter Zugrundelegung der Preisbasis von 1913) zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist der Anteil Nordamerikas von 13,96 Prozent im Jahre 1913 auf 19,10 Prozent im Jahre 1924 gestiegen, und dieses Verhältnis verschiebt sich immer mehr zugunsten Amerikas. Der Anteil Nordamerikas und Asiens (vor allem Japans) ist von 21,5 Prozent im Jahre 1913 auf über 29 Prozent des Gesamtwelthandels im Jahre 1924 gestiegen.

Hier liegt der Schlüssel zur europäischen Wirtschaftskrise. Der Drang zur Selbstversorgung, die künstliche Förderung der Industrialisierung der Überseeländer durch Hochschutzzölle hemmen neben der gesunkenen Kaufkraft in Europa selbst die europäische Ausfuhr. Europa kann die Einfuhr der überseeischen Rohstoffe und Nahrungsmittel nicht entbehren, es wird aber dabei durch die überseeischen Zölle gehindert, diese Einfuhr mit der Ausfuhr seiner eigenen Fertigfabrikate zu bezahlen. Mit aller Entschiedenheit muß sich Europa daher gegen die überseeische Hochschutzzollpolitik zur Wehr setzen, wenn es seine Arbeiterbevölkerung beschäftigen und sie nicht dem Elend der Massenarbeitslosigkeit preisgeben soll. Europa kann aber nur dann den Überseeländern diese Forderung energisch präsentieren, wenn die unzähligen europäischen Staaten selbst von der Politik der gegenseitigen Zollabsperzung sich ablehnen. Würde eine europäische Zollunion zustande kommen, so würde sie nicht nur der europäischen Wirtschaft den enormen Vorteil eines einheitlichen großen Zollgebietes einbringen und ihr den wirtschaftlichen Wettlauf mit den Vereinigten Staaten von Amerika erleichtern, sondern eine derartige

Umstellung würde eben die Abwehr des überseeischen Protektionismus un-
gemein erleichtern. Die Gegner der Schutzzölle in Amerika selbst würden
dadurch an Stärke gewinnen.

Die Lösung des Zollproblems in dem angeführten Sinne wäre somit eine
der **wichtigsten Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz**, deren Plan im
Jahre 1925 aufgetaucht ist. Der Urheber dieses Vorschlages ist der fran-
zösische Großindustrielle und gewesene Minister Loucheur, der denselben der
Völkerbundskonferenz im Herbst 1925 unterbreitet hat. Es ist bezeichnend,
daß der englische „Economist“ vom 26. Dezember 1925 diesen Schritt
Loucheurs auf den Wunsch zurückführt, die deutsch-französischen Verhand-
lungen über die Bildung eines Eizentrustes wieder in Fluß zu bringen. Vor
kurzem erklärte der frühere französische Minister Caillaux in einem Interview
über die Wirtschaftseinheit der europäischen Staaten, das das „Hamburger
Fremdenblatt“ veröffentlichte, daß die ökonomische Notwendigkeit Verständi-
gungen **zwischen kartellierten Industrien** erfordere. Er sprach in diesem Zu-
sammenhange von einem **europäischen Wirtschaftsrat**, der für die notwendig
gewordenen Zolltacisänderungen, für die Verteilung der Rohstoffe und Absatz-
märkte Sorge zu tragen hätte. Sieht man dem „europäischen Wirtschaftsrat“,
der Caillaux vorschwebt, auf den Grund, so entpuppt er sich als der oberste
Nrat eines Duzend europäischer Kartelle und Truste, die die in Deutschland
zur Genüge bekannte Kartellpraxis auf ganz Europa ausdehnen würden.
Wenn die Weltwirtschaftskonferenz in diesen Bahnen sich bewegen sollte, so
würde sie lediglich zu einem Organ der internationalen Verbrüstung werden.
Die Schöpfer der internationalen Truste erstreben letzten Endes nicht mehr
und nicht weniger als die zielbewußte Überwindung der Konjunktur, dieser
kapitalistischen Sphinx. Mit kapitalistischen Methoden soll der Kapitalismus
sozusagen gezähmt werden. Daß die Industriekapitäne immer energischer
ihren Klassengenossen in anderen Ländern die Hände reichen, um das freie
Spiel der kapitalistischen Kräfte zu bändigen, beweist nur, daß man auch in
diesen Kreisen der Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses sich
immer stärker bewußt wird. Die große und entscheidende Frage ist aber die,
ob dieser Zusammenschluß, von den Lebensinteressen der breiten Volksmassen
diktiert, unter der Beteiligung derselben auf breiter, demokratischer Grund-
lage erfolgen oder ob er von den Industriemagnaten in ihrem eigenen
Interesse aufoktroiiert werden soll? Wenn Angebot und Nachfrage auf den
Warenmärkten geregelt, wenn Rohstoffe und Absatzmärkte verteilt werden
sollen, so fragt es sich, ob diese zielbewußte Regelung im Interesse der pri-
vaten Profitwirtschaft oder unter dem Gesichtspunkte der Bedarfsdeckung der
Volksmassen geschehen soll? Die Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz
sind bereits in vollem Gange, wie aus den Mitteilungen des Generalsekretärs
des Völkerbundes hervorgeht. Wie man der Tagespresse entnehmen kann,
findet dieser Plan in den verschiedensten Wirtschaftskreisen starken Anklang.
Die europäische Wirtschaft ist im Umbau begriffen, neue Organisations-
formen bilden sich heraus und die Träger der kapitalistischen Wirtschaft sind
im Begriffe, endgültig den Boden der angeblich freien kapitalistischen Wirt-
schaftsverfassung zu verlassen und ein Netz von Welttrusten auszubreiten.
Die europäischen Arbeiter, die als Arbeitnehmer und Konsumenten die
größten Leidtragenden der europäischen Krise sind, müssen der Frage des

europäischen Zusammenschlusses, die immer mehr in die Tagesordnung rückt, die größte Beachtung schenken und auch eine entsprechende Aktivität entfalten. Ob die Vereinigten Staaten von Europa und eine europäische Zollunion zustande kommen, ob Ansätze zu einer Planwirtschaft im Interesse der Volksmassen durchgesetzt werden sollen, oder ob die kapitalistische Planwirtschaft mit einem eisernen Ring von Welttrusten die Wirtschaft fest umklammern soll, kann der europäischen Arbeiterschaft durchaus nicht gleichgültig sein.

:::

:::

:::

Die Verschiebung der industriellen Produktion

Julian Borchardt (Berlin)

III.

Löwe behandelt den ganzen Prozeß als eine Frage der Konkurrenz zwischen Europa und Amerika. Gewiß mag auch das der Erörterung wert sein. Aber daß es sich auch für ihn letzten Endes um etwas anderes handelt, beweist die Tatsache, daß ihm trotzdem das Problem der Industrialisierung der Kolonien keine Ruhe läßt. Noch ganz am Schluß kommt er darauf zu sprechen unter dem Gesichtswinkel, ob und wie weit es Europa und Amerika bei ihrem Konkurrenzkampf gelingen wird, sich neue Absatzgebiete zu verschaffen. Seine Ausführungen hierüber besagen, kurz zusammengefaßt, folgendes:

Die Industrialisierung beginnt in der Regel mit der Errichtung landwirtschaftlicher Nebengewerbe, das heißt industrieller Anlagen zur Verarbeitung der in der Landwirtschaft gewonnenen Stoffe. „In dieser Phase der Entwicklung stehen seit dem letzten Jahrzehnt zum Beispiel die südamerikanischen Wirtschaften. Argentinien führt neuerdings in wachsendem Maße statt Getreide Fleisch- und Milchprodukte aus. Nach der chilenischen Produktionsstatistik von 1919 sind die kapitalträchtigsten Industriezweige Mühlen, Zuckerraffinerien und Gerbereien. Ein entsprechender Prozeß vollzieht sich in Südafrika und Australien.“

Der zweite Schritt ist dann der Aufbau einer Industrie für den Massenkonsum, Textil-, Leder-, Schuh-, Möbelfabriken usw. „Auf dieser Stufe sind die großen Wirtschaften des asiatischen Kontinents, vor allem Indien und China, neuerdings angelangt.“ Auch Brasilien und Chile nähern sich dieser Stufe.

Dann erst kommt die dritte Stufe, der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie und einer weiterverarbeitenden Produktionsmittelindustrie. Außer verschiedener anderer Voraussetzungen, wie eine gewisse Höhe der technischen Fertigkeit, eine qualifizierte Arbeiterschaft, einen entwickelten Binnenmarkt, bedarf sie riesenhafter Kapitalinvestitionen. Zuerst müssen Wege, Brücken, Eisenbahnen, Häfen u. dergl. gebaut werden; und erst wenn das Land hierdurch genügend vorbereitet ist, was nach europäischen Erfahrungen ein bis zwei Jahrzehnte dauert, beginnt der Aufbau der eigentlichen Industrie.

Hieraus folgt, daß die Länder des alten Kapitalismus (Löwe sagt „Europa“; aber es gilt natürlich ganz ebenso für die Vereinigten Staaten und für Japan) für eine Dauer von schätzungsweise 10 bis 20 Jahren noch auf großen Absatz in diesen Ländern rechnen können. Freilich nicht für alle

Industrien, sondern zuerst „für die groben Standarderzeugnisse der Walzwerk- und Konstruktionsindustrien“, später für die Maschinenfabriken, während die Produzenten von Konsumartikeln in der altkapitalistischen Welt sofort den Rückschlag zu spüren bekommen, wie das zum Beispiel die englische Baumwollwarenfabrikation schon sehr bitter erfahren hat. Ihre Ausfuhr betrug 1924 nur noch knapp zwei Drittel der Vorkriegszeit, wobei ihre größten Verluste auf Indien und China entfielen.

Da nun Löwe, wie gesagt, das Problem immer nur aus dem Gesichtswinkel des Konkurrenzkampfes zwischen Europa und Amerika betrachtet, so weiß er mit diesen ungemein wichtigen Tatsachen und Erkenntnissen nichts anderes anzufangen, als Europa den guten Rat zu erteilen, es solle für die Ausfuhr nach Übersee seine Wirtschaft auf die Produktion von Produktionsmitteln umstellen und die Produktion von Konsumartikeln einschränken. Obgleich doch aus Löwes eigenen Mitteilungen sonnenklar hervorgeht, daß „Europa“ (das heißt der europäische Kapitalismus) auf solche Weise hilft, sein eigenes Grab zu graben. Um der Konkurrenz mit Amerika standzuhalten, um das gute Geschäft der nächsten zwanzig Jahre nicht zu verabsäumen, soll es die Kolonien mit dem Material für Eisenbahnbauten usw., dann mit Maschinen beliefern; und wenn die zwanzig Jahre um sind, die doch im Leben der Menschheit nur eine verschwindend kurze Spanne Zeit bedeuten, sind die Kolonien durch die europäische Hilfe in stand gesetzt, nicht nur auf die Produkte der europäischen Eisenindustrie ebensowohl zu verzichten, wie auf die Produkte der europäischen Webereien und Kleiderfabriken, sondern darüber hinaus den europäischen Produzenten auf ihren sonstigen Absatzgebieten, ja sogar in Europa selbst Konkurrenz zu machen. Kurzsichtiger läßt sich die Sache wohl kaum behandeln. Oder vielmehr, kurzsichtig ist nicht einmal der rechte Wort, man muß schon von absichtlichem Augenschließen reden. Zumal die eingangs zitierte Mitteilung der „Deutschen Bergwerkszeitung“ über das indische Roheisen beweist, daß wir längst nicht mehr am Anfang der 20-jährigen Epoche stehen.

IV.

Der Fehler in der Betrachtungsweise Löwes — wie aller bürgerlichen Denker — beginnt schon damit, daß er sich darauf versteift, diese ganze Entwicklung als eine Folge und Wirkung des Weltkriegs anzusehen. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß sie durch den Krieg erheblich verstärkt und beschleunigt worden ist. Aber angefangen hat die Industrialisierung der Kolonialländer schon Jahrzehnte vor dem Kriege. Das ist sicher kein Geheimnis, alle Welt kennt doch zum Beispiel die Bemühungen des deutschen Kapitals in Kleinasien, alle Welt hat von der wirtschaftlichen Seite der Kolonialpolitik tagtäglich vor dem Kriege geredet und geschrieben. Um so auffälliger, daß die bürgerlichen Ökonomen wie auf Verabredung jetzt so tun, als hätte sie erst während des Krieges begonnen.

Im Grunde genommen, begann die Industrialisierung der Kolonien schon in dem Augenblick ihrer Besetzung durch europäische Mächte. Ausführliches Material darüber findet man in Rosa Luxemburgs „*Akkumulation des Kapitals*“. Sind ja doch die Vereinigten Staaten von Amerika letzten Endes nichts anderes als eine von den Engländern gegründete Kolonie, die auf dem Wege der allmählichen Industrialisierung selbst zu einem kapitalistischen

Staat geworden ist und so die Bahn vorgezeichnet hat, die nach und nach auch alle anderen Kolonien beschreiten. Auf Seite 401 lesen wir zum Beispiel bei Rosa Luxemburg, wie das englische Kapital schon vor 40 und 50 Jahren an allen Enden der Welt Eisenbahnen gebaut hat. So in Argentinien in den zehn Jahren von 1883 bis 1893 über 10 000 Kilometer. Zugleich stieg die englische Ausfuhr an Eisen, Kohle und Maschinen von 41,7 Millionen £ im Jahre 1886 auf 67 Millionen £ 1890, in nur vier Jahren. Ein großer Teil dieser englischen Produktionsmittel ging nach den Kolonien. In Australien wurden, wiederum durch englisches Kapital, in der Zeit von 1880 bis 1895 10 500 Meilen Eisenbahn gebaut. Ähnlich lagen die Dinge in Transvaal, Mexiko, Uruguay und andertwärts. Da kann man doch wirklich nicht behaupten, die Industrialisierung der Kolonien habe erst im Weltkrieg begonnen. Rosa Luxemburg fährt dann fort:

„In den letzten zwei Jahrzehnten (das heißt also in der Zeit etwa von 1890 bis 1910) ist in dieser Beziehung nur der Unterschied eingetreten, daß neben englischem sich in hervorragendem Maße deutsches, französisches und belgisches Kapital in auswärtigen Anlagen und insbesondere in Anleihen betätigt. Der Eisenbahnbau in Kleinasien wurde seit den 50er und bis Ende der 80er Jahre vom englischen Kapital ausgeführt. Seitdem hat sich das deutsche Kapital Kleinasien bemächtigt und führt den großen Plan der anatolischen und der Bagdadbahn aus.“

Weitere Einzelheiten findet man auch in der ebenfalls von Rosa Luxemburg verfaßten Junius-Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“ (erschienen 1916), Seite 31: 1888 bekommt das deutsche Kapital vom Sultan die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Smid bis Angora mit mehreren Zweiglinien. 1899 erlangte die Deutsche Bank die Konzession zum Bau und Betrieb eines Hafens nebst Anlagen in Haïdar Pascha. 1901 übergab die türkische Regierung der Deutschen Bank die Konzession für die große Bagdadbahn zum Persischen Golf, 1907 für die Trockenlegung des Sees von Karaviran und die Bewässerung der Roma-Ebene.

Das alles war sehr lange vor dem Weltkrieg. Lenin (in der Broschüre „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“, S. 62) beziffert die Kapitalanlagen, welche die drei Hauptländer Europas im Auslande untergebracht haben, schon 1902 auf mehr als 80, 1914 auf etwa 160 Milliarden Mark. Um 1910 waren es etwa 140 Milliarden Mark, wovon 44 Milliarden auf Asien, Afrika und Australien entfielen, also reine Kolonialanlagen waren, während von den 51 nach Amerika entliehenen Milliarden sicherlich auch noch ein großer Teil in Kolonialländern angelegt war.

Es wäre sonderbar, wenn diese Tatsachen den bürgerlichen Ökonomen unbekannt geblieben wären. Dem ist jedoch keineswegs so. Im Jahre 1924 erschien unter dem Titel „Die Bedeutung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft“ eine Broschüre des Kölner Professors Kuske,* der ich die folgenden tatsächlichen Angaben entnehme.

In der älteren Epoche der Kolonisierung war den Ländern der neuen Welt die Erzeugung eigener Fabrikate meist verboten; sie sollten ihren Bedarf an Industriewaren aus dem Mutterlande beziehen. „Im 19. Jahrhundert wurde das anders.“ Es begann eine „eigene gewerbliche Entwick-

* Verlag Oscar Müller, Köln, S. 101 ff.

lung", zuerst namentlich in den entlegeneren Ländern wegen der hohen Frachtkosten, und dann in solchen Kolonien, die besonders gut mit Rohstoffen versorgt waren. So begann sehr früh (das heißt sehr früh im 19. Jahrhundert) in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Brasilien eine eigene Möbelfabrikation, in den beiden ersten auch der Bau von Holzschiffen „infolge des Reichtums ihrer Wälder an hervorragenden Hölzern“. Aus dem gleichen Grunde entstand in Nordamerika seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine zunächst den inneren Markt versorgende Metall-, Baumwoll-, Leder-, Seifenindustrie u. a. Das gleiche geschah auch in anderen „neuen Ländern“. Dies alles gilt für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Man weiß, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa seit 1840 eine großkapitalistische Entwicklung begannen, die sie schnell in die erste Linie der kapitalistischen Großstaaten brachte, so daß sie seitdem auch im wirtschaftlichen Sinne des Wortes nicht mehr als Kolonien anzusehen sind. Wie die Dinge in den anderen Kolonien liefen, beschreibt Ruske (S. 103) mit folgenden Worten:

„Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist fast überall in der neuen Welt eine neue Entwicklung auf gekommen, deren Ziel wieder die tunlichst vielseitige industrielle Selbständigkeit ist und die sich von der älteren Epoche dadurch unterscheidet, daß sie mit der europäischen Technik und Wirtschaftsorganisation vorgeht.“

Leider ist es nötig, diese professoral-dunkle Redefloskel in unser geliebtes Deutsch zu übertragen. Was Ruske mit der „europäischen Technik und Wirtschaftsorganisation“ sagen will, ist einfach dies: In der älteren Zeit entstand in den Kolonien ein Kleingewerbe zur Versorgung der Bevölkerung mit unmittelbaren Bedarfsartikeln, wie Möbel, Kleider, Schuhe usw.; jetzt, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, begannen sie eine eigene kapitalistische und großkapitalistische Industrie zu entwickeln und brauchten dazu europäische Maschinen und sonstige Produktionsmittel. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts! Abermals ein Beweis, daß Löwens 20jährige Frist längst zu laufen begonnen hat, in vielen Kolonialländern offenbar schon abgelaufen ist. Ruske fährt dann fort:

„Diese Bestrebungen treten sowohl in Mexiko, Brasilien, Argentinien und Chile als auch in Australien, Neuseeland und Südafrika auf.“

Sie kommt u. a. in der Zollpolitik dieser Länder zum Ausdruck, welche Europa zwingt, statt Fertigfabrikate Produktionsmittel und Halbfabrikate dorthin zu exportieren.

„Ähnliche Strömungen sind auch bei den Kulturvölkern der alten Welt (soll heißen in Asien) auf gekommen.“

Und wer ist es, der diese Industrialisierung der Kolonien ins Werk setzt? Wer ist es, der das Kapital und, wenigstens im Anfang, auch die Arbeitskräfte dazu liefert?

„Wie das auch in der neuen Welt oftmals geschah und geschieht, sind es zunächst die Europäer selbst, die in diesen Ländern die neuen, eine selbständige Versorgung mit Fabrikaten bezweckenden Industrieunternehmen gründen.“

Es ist also völlig klar, daß die gegenwärtige Industrialisierung der Kolonien nur ein Werk fortsetzt, das das Kapital der alten Welt lange vor dem Weltkrieg begonnen hat. Aber diesen Zusammenhang will der bürgerliche Ökonom nicht sehen, denn sonst kann er dem zwingenden Schluß nicht

ausweichen, daß es sich um einen Prozeß handelt, der aus der Natur des Kapitals selbst entspringt und dem nicht mit guten Ratschlägen beizukommen ist. Daher auch die grundsätzlich verfehlte Anlage der Löweschens Untersuchung. Anstatt zu erforschen, um wieviel die Herstellung von Industriefabrikaten, einerseits in der altkapitalistischen Welt, andererseits in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, zu- oder abgenommen hat, wie weit sie im Lande verbraucht, wie weit exportiert sind und wohin der exportierte Teil gegangen ist — beschränkt er sich auf die Grundstoffe, läßt überdies noch die tropischen Rohstoffe fort und stellt die Kontinente einander gegenüber. Dadurch vermengt er zum Beispiel die Zahlen von Großbritannien und Bulgarien oder die der Vereinigten Staaten und Argentinien. Damit werden gerade die Unterschiede verwischt, auf deren Aufhellung es in erster Linie ankommt.

Die theoretischen Zusammenhänge dieser Geschehnisse habe ich in früheren Aufsätzen* klarzulegen versucht. Wichtig aber ist es, von Zeit zu Zeit an der Hand der Tatsachen aufzuzeigen, wie weit diese Entwicklung bereits gediehen ist.

:::

:::

:::

Die Passivität der deutschen Handelsbilanz als wirtschaftspolitisches Problem

Tony Sender

Da das Argument der Passivität unserer deutschen Handelsbilanz zur Begründung der widersprechendsten Maßnahmen herangezogen wird, ist eine Klärung der Bedeutung dieses Wirtschaftsfaktors für die deutsche Gegenwart von eminenter Bedeutung. Im Gegensatz zu der tendenziösen Darstellungsmari und wissenschaftlichen Unbrauchbarkeit der schriftlichen Auslassungen des Reichsverbands der Deutschen Industrie kommt nun eine außerordentlich wertvolle Schrift des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, verfaßt von deren Geschäftsführer Karl Lange, unter obigem Titel heraus, die sich wissenschaftlicher Methoden bedient und darum zu außerordentlich wertvollen Ergebnissen kommt.

Der Verfasser deckt darin vor allen Dingen die herrschende Oberflächlichkeit auf, die gerade diejenigen Personen die Gefahr der passiven Handelsbilanz am schwärzesten schildern läßt, die vorher mit dem größten Nachdruck die Notwendigkeit von Auslandskrediten unterstrichen hatten. Diese Personen vermögen anscheinend nicht zu erkennen, daß die Passivität der Handelsbilanz eine notwendige Folge der Auslandskredite ist.

Um sich über die Zusammenhänge und die Reihenfolge des Geschehens klar zu werden, gilt es im Auge zu behalten, daß ein hohes Preisniveau die Ausfuhr erschwert, ein niederes sie aber fördert. Das Preisniveau aber wird wesentlich mitbestimmt durch die Währungspolitik des Zentralnoteninstituts. Nach Eintritt der Stabilisierung der Währung sah sich die Reichsbank veranlaßt, neue erhebliche Bargeldmengen in Umlauf zu bringen, zu gleicher Zeit setzte eine steigende Kreditgewährung durch dieses Institut ein. Diese vermehrten Geldmengen, die die Reichsbank dem Verkehr zuführte, hatten

* „Kulturdämmerung“ (Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 8 vom 7. Juni 1924) und „Die Wurzel des Übels“ in Nr. 16 vom 29. September 1924.

eine stark vermehrte Nachfrage zur Folge. Da ihr keine ausreichenden Warenmengen gegenüberstanden, waren Preiserhöhungen auf dem inneren Markt die Konsequenz. Zugleich aber war die Politik der Reichsbank darauf gerichtet, den Wechselkurs dem Ausland gegenüber stabil zu halten. Logischerweise mußte die Vermehrung der Geldmenge das innere Preisniveau steigern, zugleich aber — da ja der Kurs nach außen stabil gehalten wurde — erschwerte dieses erhöhte Preisniveau die deutsche Ausfuhr, bildete sogar einen Anreiz für vermehrte Einfuhr nach Deutschland. Damit aber drückt sich in der markantesten Weise aus, daß die Gestaltung der Handelsbilanz im höchsten Maße abhängig ist von der inneren Preisbildung.

Und in der Tat war in den ersten Monaten des Stabilitätjahres 1924 eine Passivität der Handelsbilanz festzustellen, die erst aufhörte, als die Reichsbank sich genötigt sah, eine Einschränkung ihrer Kreditgewährung vorzunehmen. Die hierdurch hervorgerufene Geldverknappung zwang die Unternehmer zur Abstoßung von Vermögenswerten, in erster Linie der in der Inflationszeit angesammelten Devisen. Erst nachdem diese Devisen bereits abgestoßen waren und man sich auch zur Flüssigmachung der Warenlager entscheiden mußte, trat eine Aktivierung der Handelsbilanz ein, wie sie in den Monaten Juli und August 1924 festzustellen war.

Aus den Erfahrungen dieser Monate wird aber nur bestätigt, daß die Gestaltung der Handelsbilanz von geldpolitischen Faktoren abhängig ist und daß nicht etwa die Handelsbilanz bestimmend für die Währung ist, sondern daß umgekehrt die Währungslage die treibende Kraft für die Gestaltung der Handelsbilanz ist. Ein für die richtige Einstellung zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart ausschlaggebender Faktor. Daraus folgert aber auch, daß es auf die Dauer unmöglich ist, daß die Handelsbilanz eines Landes ohne entsprechende Aktivposten der Zahlungsbilanz dauernd passiv bleibt oder daß von ihr aus die Zerrüttung der Währung erfolgen kann. Dies wird durch die weitere Entwicklung bestätigt.

Denn vom September 1924 ab setzt wieder die Passivität der Handelsbilanz ein. Wodurch veranlaßt? Die Annahme der Dawesgutachten brachte Deutschland den Zustrom der Auslandskredite. Während nun die landläufige Auffassung dahin argumentiert: Wir haben eine passive Handelsbilanz, die zwingt uns zur Aufnahme von Auslandskrediten, um die Mehreinfuhr bezahlen zu können. Das führt uns zu wachsender Verschuldung und darum muß mit aller Kraft dagegen angeämpft werden. Nun sahen wir aber, daß gerade in dem Augenblick, da unsere Handelsbilanz aktiv geworden war, die Aufnahme von Auslandskrediten einsetzte. Und die Folge? Die Handelsbilanz wurde wieder passiv. Die hereinströmenden ausländischen Geldkredite wurden größtenteils von der Reichsbank hereingenommen, die durch das Umwechsell den Geldumlauf vermehrte; die dadurch hervorgerufene Steigerung des Preisniveaus machte eine erneute Passivierung der Handelsbilanz unausbleiblich.

Gilt dies schon für die in Devisenform gegebenen ausländischen Kredite, so trifft es noch direkter zu für diejenigen Auslandskredite, die zum Warenbezug aus dem Ausland gegeben werden.

Es ist daher nicht die Gestaltung der Handelsbilanz die Ursache der Währungs- und Wirtschaftslage. Vielmehr ist die Handelsbilanz abhängig

vom Verhältnis zwischen inländischem und ausländischem Preisniveau. Das Preisniveau selbst wird bestimmt durch die Höhe des Geldumlaufs, so daß, wenn nicht die Mittel zur Bezahlung eines Einfuhrüberschusses vorhanden sind, schließlich ein Ausgleich der Handelsbilanz herbeigeführt wird.

Nun verweist man aber darauf, daß die Auslandskredite nicht richtig verwandt worden seien, weil sie nicht, wie notwendig, lediglich zum Ankauf von Rohstoffen benutzt wurden. Diese Auffassung aber übersieht vollkommen, daß zur Verarbeitung der Rohstoffe auch ein erhöhter Kapitalaufwand für Lohnzahlungen erforderlich wird, denn ein in den Produktionsprozeß eingespannter Mensch hat einen höheren Verbrauch an Konsumgütern, als der unzulänglich unterstützte Erwerbslose. Und tatsächlich zeigt auch die Statistik, daß mit dem Hereinströmen ausländischer Waren die Zahl der Arbeitslosen parallel sinkt. Auch daraus eine erneute Bestätigung, daß die durch das Hereinströmen ausländischer Güter bewirkte Passivität der Handelsbilanz keineswegs die deutsche Produktion zum Erliegen gebracht hat.

Die Hereinnahme von Auslandskrediten war eine durch die Lage der deutschen Wirtschaft bedingte Notwendigkeit. Nur muß man sich jetzt darauf einstellen, daß eine Verzinsung und Rückzahlung dieser Auslandskredite erfolgen muß. Wie aber, wenn diese Verzinsung und Rückzahlung größerer Summen erfordert, als wir vom Ausland bekommen?

Es wird eine starke Nachfrage nach Devisen eintreten, die die Reichsbank, um den Kurs stabil zu halten, aus ihrem eigenen Bestand wird befriedigen müssen. Die Reichsbank gibt folglich Devisen ab und nimmt dagegen deutsche Zahlungsmittel herein. Dadurch aber verringert sich die umlaufende Geldmenge, es tritt eine Verknappung auf dem deutschen Geldmarkte ein, die die deutschen Unternehmer zur Veräußerung ihrer Warenvorräte zwingt, um sich Mittel zu beschaffen. Durch das so erzwungene Abstoßen von Warenvorräten erfolgt eine allgemeine Senkung des Preisniveaus — eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß auch wieder eine Aktivierung der Handelsbilanz Platz greifen kann.

Ein noch stärkerer Zwang zu einer solchen Kreditpolitik wird auf die Reichsbank ausgeübt durch die Verpflichtung zur Ausführung des Dawesplanes. Der Agent für die Reparationszahlung ist verpflichtet, Devisenkäufe nur in dem Ausmaß vorzunehmen, daß dadurch nicht die deutsche Währung gefährdet wird. In solchen Pausen aber kann der beim Reparationsagenten auflaufende Betrag bis zur Höhe von 2 Milliarden gehen, was nichts anderes bedeutet, als daß dem deutschen Geldverkehr diese Summe entzogen und durch diese Geldverknappung ein weiterer Druck auf die Warenpreise ausgeübt wird.

Aus beiden Erfordernissen, einerseits der Verpflichtung zur Verzinsung und Rückzahlung der Auslandskredite, andererseits der Befugnisse des Transferagenten, eine scharfe Geldverknappung mit ihrer krisenhaften Wirkung herbeiführen zu können, muß die Schlussfolgerung gezogen werden, daß es besser ist, aus eigener Kraft das herbeizuführen, was sonst durch Druck von außen erreicht werden könnte. Das bedeutet, heute schon mit allen Mitteln die künftige Aktivierung der Handelsbilanz vorbereiten. Denn ohne diese eigenen Bemühungen würde dasselbe Resultat nur mit viel schwereren Opfern und bei längerer Dauer des Krisenzustandes zu erreichen sein. Und es ist gewiß äußerst selten in unserem deutschen Wirtschaftsleben, aber darum

nicht minder erfreulich, daß nun endlich auch von Unternehmerseite aus erklärt wird, daß um so eher die gewaltigen Mittel der Geldverknappung zu vermeiden seien, „je mehr eine natürliche Verbilligung unserer Produktion durch betriebliche und organisatorische Verbesserungen eintritt“.

Und darum wird davor gewarnt, daß gewisse Exportindustrien anfangen, sich nur auf die Bedürfnisse des inneren Marktes einzustellen. Denn in dem Maße, wie die unvermeidliche Senkung des inneren Preisniveaus und die Aktivierung der Handelsbilanz eintritt, muß die innere Kaufkraft weichen und der Absatz nach dem Ausland muß gesteigert werden. Ein Verzicht aber auf rechtzeitige Einstellung auf die Bedürfnisse und Ansprüche der ausländischen Abnehmer bedeutet nichts anderes als eine schwere volkswirtschaftliche Schädigung, da ja die Wiedereroberung einmal verlorener Märkte nur mit den größten Opfern möglich wird.

Daraus werden aber bestimmte Folgerungen für die Linie unserer deutschen Handelspolitik zwingend. Der Zoll verteuert den Bezug ausländischer Waren, das ist ja der offen eingestandene Zweck. Können aber die notwendigen ausländischen Waren nur zu erhöhtem Preis hereingenommen werden, so wird natürlich der Nutzeffekt der ausländischen Kredite entsprechend verringert. Das wird den Empfänger von Auslandskrediten dazu veranlassen, diesen Kredit möglichst nicht in Form von Waren, sondern in Devisenform zu nehmen; die Reichsbank aber, um den Wechselkurs zu halten, sieht sich genötigt, diese Devisen aufzunehmen gegen entsprechende Herausgabe deutschen Geldes. Eine solche Vergrößerung des Zahlungsmittelumschlags bringt ein steigendes Preisniveau mit sich und bewirkt wiederum die Passivierung der Handelsbilanz. Hohes Preisniveau ist aber zugleich wieder Anreiz für verstärkte Einfuhr ausländischer Waren, denn der hohe Preisstand gestattet das Überwinden der Zollmauern bei Erreichung guten Profits. Als das Resultat der Zollpolitik stellt daher die Denkschrift fest:

1. Ein stark gestiegenes Preisniveau.
2. Eine Schädigung der Exportindustrien, deren Leistungsfähigkeit für unsere Zukunft ungeheuer bedeutsam ist.
3. Notwendigkeit künstlicher, sehr schmerzhafter Geldverknappung, um von dem durch die Zölle herbeigeführten hohen Preisniveau herabzukommen.
4. Das Brachliegen eines kostspieligen Devisenvorrats bei der Reichsbank, da die Auslandsdevisenkredite bei der Reichsbank umgewechselt werden.
5. Eine Verminderung des Nutzeffekts der Auslandskredite infolge der Preiserhöhung der Auslandsware durch den Zoll.

Durch die Verwechslung von Ursache und Wirkung droht in der Tat die deutsche Wirtschaftspolitik gefährliche Bahnen zu wandeln. Zurück zur wissenschaftlichen Erkenntnis! — Das haben wir schon in diesem Sommer den Wirtschaftspolitikern des Rechtsblocks zugerufen, zu einer Stunde, da leider die Fertigungsindustrie sich in gefährliches Schweigen hüllte. Das hindert uns freilich nicht, durchaus der Feststellung beizupflichten, daß die Passivität der Handelsbilanz nie und nimmer durch mechanische Drosselung der Einfuhr überwunden werden kann, sondern daß man den engen Zusammenhang zwischen Kredit- und Währungspolitik und das Primäre der Währungspolitik erkennen muß, um daraus zu folgern, daß die Passivität der Handelsbilanz nicht für, sondern gegen Schutzzölle spricht.

Auch das Moment des „Schutzes der nationalen Arbeit“ und der „Stärkung des inneren Marktes durch Zölle“ zeigen nur die Unfähigkeit des Erkennens wirtschaftlicher Zusammenhänge. Fällt doch eine dauernde Hebung der inneren Kaufkraft mit einer Senkung der Preise zusammen. Und wird so der Außenhandel gefördert, dann strömen durch die aus dem Export erzielten Gewinne auch Überschüsse herein. Und so kommen die Worte, die an den Schluß gestellt werden, zwar reichlich spät, bedeuten aber eine von der Gegenseite kommende starke Befräftigung des von uns bereits in der kritischen Stunde vertretenen Standpunktes:

„Wir haben gar nicht die Möglichkeit der Wahl zwischen Weltmarkt und Binnenmarkt. Ein Land, das auf Zufuhr ausländischer Rohstoffe und Nahrungsmittel angewiesen und obendrein durch Kredite und Entschädigungsverpflichtungen aufs schwerste aus Ausland verschuldet ist, wird durch die Macht wirtschaftlicher Gesetze gewaltsam auf den Weltmarkt gedrängt. Gegen diesen Zwang ist es ohnmächtig.“

Doch darf man fragen: Wird nun endlich die Fertigungsindustrie sich aufraffen und uns an die Seite treten, wenn wir in kürzerer Zeit erneut den Kampf gegen die Schutzollpolitik der verbündeten Schwerindustriellen und Agrarier aufnehmen werden? Man wird dort doch auch einsehen müssen, daß mit noch so klugen Denkschriften allein dieser Kampf nicht erfolgreich zu Ende gebracht werden kann!

222

222

222

Safety first

Unfallverhütung in Deutschland und Amerika

A. D i n n e b a d e (Dortmund)

Es ist vorauszusehen, daß die gesteigerten Unfall- und Hinterbliebenenrenten der Frage der Unfallverhütung einen neuen Antrieb geben werden. Auch die aus Amerika kommenden Nachrichten über die Erfolge des Safety first-(erst Sicherheit)Systems der Industrie dürften in dieser Richtung wirken, wenn auch ein Teil dieser Erfolge auf das Konto amerikanischer Reflexfreudigkeit abzuschreiben ist.

Die Grundlagen jeder Unfallverhütung liegen in der Natur der Sache selbst:

1. Erweckung des Interesses für die Bedeutung der ganzen Frage in wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Hinsicht.
2. Schärfung des Verantwortungsgefühls für sich selbst und unterstellte Personen.
3. Möglichste Einschränkung des Moments der Gewöhnung und Abstumpfung gegen die Gefahr.
4. Sinngemäße Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften und praktische Verwertung der Schutzvorrichtungen.

In der Methode wird man nicht immer den amerikanischen Wegen folgen können, die, dem Charakter des amerikanischen Menschen entsprechend, zu der Form des Sports mit Wettbewerben und Preisverteilungen führt. In den großen Industriestädten Nordamerikas sind alle größeren Werke an einem gemeinsamen Wettbewerb beteiligt. Wer das Rennen um die kleinste Unfallziffer macht, wird in die Ehrenliste eingetragen, die in den Tageszeitungen veröffentlicht wird. In den einzelnen Werken setzt sich das fort: es werden Uhren aufgestellt, die die tägliche Bewegung der Unfallkurve anzeigen und Preise in Gestalt kunstvoller Bronzen für die Abteilung ausgesetzt, die die niedrigste Unfallziffer aufweist. Dadurch wird jedenfalls das eine Ziel voll erreicht, daß das allgemeine Interesse dauernd wachgehalten wird. Die Tatsache allein, daß man in Amerika, dem Lande, in dem das Rationale (Vernunftgemäße) sich in jeder Lebensäußerung zur Geltung bringt,

dem Problem eine solch große Beachtung schenkt, weist auf die wirtschaftliche Bedeutung desselben hin.

Amerikanische Methoden werden in Deutschland andere Formen annehmen. Man wird hier, entsprechend dem Charakter des Deutschen, mehr das Irrationale (Gefühlsmäßige), mehr die soziale und moralische Seite des Problems in den Vordergrund rücken müssen. Deshalb die wirtschaftliche Bedeutung, besonders in der heutigen Zeit, nicht vernachlässigt zu werden braucht.

Bei der Bild- und Inschriftenpropaganda, die als erste Stufe einer planmäßigen Arbeit auf dem Gebiete der Unfallverhütung anzusehen ist, muß darauf geachtet werden, daß Bilder und Inschriften keine abstoßende Wirkung auf den Arbeiter hervorrufen. Jenes Bild der Reichsarbeitsverwaltung, auf dem ein idiotischer Trunkenbold einem Arbeiter die Schnapsflasche reicht, war ein großer Mißgriff. Die symbolische Bedeutung eines solchen Bildes geht den meisten Arbeitern verloren. Auch scheint es, als ob die Photographie mit ihrer nüchternen Sachlichkeit mehr Beachtung fände, als das künstlerische Bild, noch dazu, wenn dieses moderner Auffassung folgt, die von der Allgemeinheit noch nicht verstanden wird. Auch bei Inschriften, Plakaten, Vorträgen sind alle Momente zu vermeiden, die irgendwie verlegend oder abstoßend wirken können. Worte wie Unvorsichtigkeit, Leichtsin, Trunkenheit rufen beim Arbeiter das Gefühl hervor, als ob man für alle Unfälle seinen Leichtsin usw. verantwortlich machen wolle. Worte ganz allgemeinen Inhalts, wie: Verhüte Unfälle, oder: Sei vorsichtig, haben wenig Wert. Die Inschriften müssen positiver gehalten sein, etwa: Vorsicht bei Gleisübergängen — Gib acht auf den Kran — Achtung, Weiche! usw. Notwendig ist auch häufiger Wechsel der Bilder und Inschriften.

Diese Art Propaganda ist geeignet, das Interesse zu wecken, wachzuhalten und dem Moment der Abstumpfung, der Gewöhnung an die Gefahr entgegenzuwirken. Aber ihre Wirkung hat eine Grenze und diese Grenze liegt da, wo die Wirkung rein moralischer Beeinflussung beim Menschen überhaupt aufhört. Trotz der Gegenwirkung gegen die Abstumpfung der Sinne, trotz der Schärfung des Gefühls der Selbstverantwortlichkeit für sich und seine Familie beim Arbeiter ist die Gefahr der Gewöhnung nicht restlos auszuschalten. Hier muß dann an einer anderen Stelle der Hebel angelegt werden.

Es gibt in jedem Betrieb Leute, die der Gewöhnung und Abstumpfung nicht unterliegen, weil sie mit der Gefahr direkt und dauernd nicht in Berührung kommen. Es ist das Aufsichtspersonal, Vorarbeiter, Meister, Betriebsführer. Die eine Vorbedingung, ungetrübter Blick für die Gefahr, dürfte hier — in der Regel — gegeben sein. Es kommt nur darauf an, bei diesen Leuten das Verantwortungsgefühl für die unterstellten Menschen zu schärfen. Da fehlt allerdings noch viel! Viele Vorgesetzte glauben nur für die materiellen, technischen Aufgaben des Betriebes verantwortlich zu sein, legen dem schnellen Tempo des Arbeitsganges mehr Wert bei, als sich mit den einfachsten Sicherheitsmaßnahmen vereinbaren läßt. Dazu kommt, daß die heutige Wirtschaftslage mit ihren Spar- und Abbaumaßnahmen beim Arbeiter ein Gefühl der erhöhten wirtschaftlichen Unsicherheit hervorrufft, das in der gleichen Richtung wirkt, in der Richtung nämlich, das Arbeitstempo weit über die Gefahrgrenze hinaus zu beschleunigen. In einer Rede vor den leitenden Beamten der Garry-Werke (Amerika) wurde u. a. folgendes gesagt:

„Während wir uns nach Kräften bemühten, die Betriebsicherheit zu erhöhen, brachte mir jeder Tag weitere Beweise dafür, daß die Sicherheit unserer Leute so sehr in Händen des Betriebsführers liegt, daß die Sicherheitsfrage gelöst ist, wenn der Vorgesetzte nur den Sicherheitsmaßnahmen die gehörige Beachtung schenkt und keine Übertretung der Sicherheitsvorschriften duldet und keine Arbeiter, die nicht vorsichtig, unter ständiger Beobachtung der Sicherheitsvorschriften arbeiten. Unsere Arbeiter werden dann morgens oder abends von Hause gehen mit dem Bewußtsein, daß sie in der Fabrik genau so sicher sind wie zu Hause. Das ist keine willkürliche Behauptung, sondern eine Tatsache, die erwiesen ist durch die Ergebnisse, die mancher unserer ersten Betriebsleiter und Betriebsführer erzielt hat. Es ist mehrfach behauptet worden, daß

die Sicherheitsmaßnahmen die Arbeitsgeschwindigkeit beeinträchtigen. Darauf habe ich wiederholt geantwortet, daß wir kein Recht haben, die Arbeit mehr zu beschleunigen, als die Sicherheit unserer Leute gestattet. Außerdem freue ich mich, feststellen zu können, daß das Gegenteil eingetroffen ist, daß die Arbeit am schnellsten vorstatten geht, wenn die Sicherheit der Arbeiter am besten gewährleistet ist."

Diese Ausführungen mögen zum großen Teil „zum Fenster hinaus“ gehalten, für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen sein, sie entbehren jedenfalls nicht der moralischen Wirkung und sind geeignet, das zu bearbeitende Feld der Unfallverhütung ausnahmefähig zu machen. Erfahrungen auf einem größeren Werk Dortmunds ließen keinen Zweifel darüber, daß das Problem einseitig gesehen und angefaßt wird, wenn nicht die aktive Mitwirkung der Arbeiterschaft einsetzt. Den dazu berufenen Betriebsräten einige Fingerzeige zu geben, war der Zweck dieser Zeilen.

:::

:::

:::

Ein englisches Urteil über die deutsche Wirtschaft

Steiger G. Werner

Die englische Regierung, Abteilung für den Überseehandel, hat in den letzten Wochen ein Buch* über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im Deutschen Reiche herausgegeben, in dem sehr interessante Ansichten und Urteile enthalten sind. Die Verfasser sind zwei Handelssekretäre. Mr. J. W. F. Thelwall von der Berliner Gesandtschaft behandelt auf 128 engbedruckten Seiten die Verhältnisse im Reich, während sein Kollege Mr. C. J. Kavanagh, der in Köln als Handelssekretär für die besetzten Gebiete stationiert war, in einem Anhang von 78 Seiten die Wirtschaft der besetzten Gebiete oder, richtiger gesagt, die westliche Schwerindustrie bespricht. Das Buch enthält eine außergewöhnlich klare, prägnante, an Zahlen reiche Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Inflation, gesehen unter dem Gesichtswinkel, welche Folgerungen sind daraus für die englische Wirtschaft zu ziehen. Besonders im ersten Kapitel des Buches sind diese allgemeinen Ausführungen zu finden. Zuerst schildert er die Umstellung der privaten Wirtschaft auf die Goldwährung. Hierbei spricht der Verfasser auch von den Mißersolgen, die wir mit unseren Anleihen im allgemeinen erzielt haben. Dabei sagt er, daß die gute Atmosphäre, die durch die Stabilisierung und den Dawesplan geschaffen worden, durch den Strom der Anleihebesucher in London und New York ganz besonders geschädigt worden sei. Bei der Besprechung der Umstellung der Bilanzen auf Goldmark warnt er davor, diese Zahlen für den richtigen Wert der Unternehmungen anzusehen. Meistens habe man niedrigere Werte angenommen, um möglichst sicher wieder zu einer Dividendenzahlung zu kommen. Wörtlich sagt er, daß jetzt das erstemal seit zehn Jahren wieder die Dividendenzahlung den Wert der Aktien und nicht mehr wie vorher die Spekulation auf das ständige Steigen oder Fallen ihn bestimmen. Bei der Untersuchung des Volksvermögens beginnt er kennzeichnenderweise mit unseren Bevölkerungsziffern. Er kommt zu dem Schluß, daß Deutschland ein sehr gutes Menschenmaterial hat, wie er überhaupt die deutsche Arbeiterschaft an den verschiedensten Stellen lobt, anscheinend mit der Absicht, dadurch die englische Arbeiterschaft zur Nachgiebigkeit geneigter

* Report on the Economic and Financial Conditions in Germany. Preis 5 Schilling.

zu machen. Bei der Besprechung unserer Nahrungsmittelerzeugung spricht er von einem Rückgange, bei der Schilderung der Kraftquellen enthält er sich eines Urteils. Im Anschluß hieran kommt er auf die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sprechen und führt aus:

„Eine von den Fragen, welche seit dem Kriege ständig gestellt wird, ist: Wie groß ist die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft? Diese Frage ist noch nicht beantwortet worden. Weder die einzelnen Industrien, noch Körperschaften, noch die Regierung haben Angaben gemacht, welche als zutreffend anzusprechen wären. Gewiß ist, daß die Leistungsfähigkeit gestiegen ist, es fragt sich nur, ob sie um 10,20 oder 30 Prozent gestiegen ist.“

Beim Vergleich des Wertes der Leistungsfähigkeit für den Konkurrenzkampf mit England sagt er:

„Eine gewissenhafte Beurteilung aller Umstände führt zu dem Resultat, daß die zwei Punkte, welche auf lange Sicht hinaus im Konkurrenzkampfe zwischen England und Deutschland entscheidend sein werden, Organisation und Arbeit sind... Der eine Punkt, in dem Deutschland gegenüber England schwer im Nachteile ist, ist geldlicher Natur. Die Deutschen müssen für ihr Geld zwei- bis dreimal soviel Zinsen zahlen wie der Engländer... Ein weiterer Faktor, welcher die deutsche Konkurrenz begünstigt, ist deren verschiedene Preisgestaltung im In- und im Auslande. Deutschland nimmt im Inlande hohe und im Auslande beim Zusammenreffen mit der Konkurrenz niedrigere Preise. Es kann das tun, weil es infolge seiner Organisationen (Kartelle) im Inlande die Konkurrenz ausgeschaltet hat... Viel wichtiger aber wie alle vorher besprochenen Vorteile ist der Unterschied in den Arbeitskosten. Der deutsche Arbeiter erhält erheblich weniger wie sein englischer Kollege, außerdem arbeitet er auch zum Teil länger. Vor allem aber arbeitet er unaufhörlich mit Ausnahme der Pausen, ungestört durch Anforderungen seiner Organisation, mit der Leistung zurückzuhalten. Die Nachteile für die englische Wirtschaft, welche sich durch eine Zusammenfassung aller dieser Einzelumstände ergeben, sind ganz enorm... Wenn in der Arbeiterfrage kein Ausgleich geschaffen wird, sich dieser Nachteil immer fühlbar machen und alle widrigen Umstände, unter denen Deutschland noch zu leiden hat, besonders aber den geldlichen Nachteil reichlich ausgleichen...“

Direkt im Anschluß hieran bringt er ein Urteil, welches er als ein amerikanisches bezeichnet. Er sagt:

„Ausländische Industrielle, die Deutschland in den letzten Jahren besucht haben, sind über die Leistungsmöglichkeiten erstaunt, sie wundern sich vor allem darüber, daß das Ausland nicht mehr von dieser Möglichkeit spürt. Die Ursachen sind aber die finanziellen Schwierigkeiten, die eine allgemeine Unrast und Unzufriedenheit geschaffen haben, unter der sowohl Export wie Import leidet.“

Dann urteilt er wieder selbst:

„Die Gefahr der Überproduktion und eines übertriebenen Schutzes vor deutscher Einfuhr wird in einzelnen Teilen Deutschlands befürchtet und man tritt als Schutzmaßnahme für einen internationalen horizontalen Zusammenschluß ein. Die beteiligten Länder sollen sich über die Größe der Produktion und die Höhe der Preise verständigen. Die Idee ist unzweifelhaft verlockend und sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach realisiert werden, wenn die Verhältnisse genügend schlecht geworden sind. Es ist das einzige Mittel für eine Lösung der Kohlenkrise, aber auch für die Krise in Stahl und Eisen.“

Im Anschluß hieran spricht er über eine bereits vorhandene Vereinbarung in der elektrischen Lampenindustrie und sagt:

„Wenn diese Vereinbarung zufriedenstellend arbeitet, was der Fall zu sein scheint, ist es ein ausgezeichnetes Beispiel für andere notleidende Industrien, die miteinander Krieg führen und dadurch sich gegenseitig ruinieren.“

Im Anschluß hieran behandelt er den Güteraustausch zwischen Großbritannien und seinen Kolonien mit Deutschland. Wenn man diese Zahlen liest, kann man es verstehen, daß das Schicksal Deutschlands für das englische Weltreich eine Frage von der größten wirtschaftlichen Bedeutung ist. Kein mengenmäßig betrug der Güteraustausch:

	Deutschland bezog von England und den Kolonien in Tonnen:	England und seine Kolonien bezogen von Deutschland in Tonnen:
Im Jahre 1918.	10385 255	3629 747
„ „ 1924.	6785 690	953 147

In Pfund Sterling betrug der Austausch im Jahre 1924:

	nach Deutschland	von Deutschland
Großbritannien	41322 450	30564 300
Kanada	2971 000	10327 00
Britisch-Südafrika	6266 600	2188 400
Australien	12401 850	1335 000
Britisch-Indien	19868 100	7596 050
Zusammen	82230 000	42711 450

Zu diesen Zahlen bemerkt er:

„Es ist unmöglich, den britisch-deutschen Handel zu besprechen, ohne die Aufmerksamkeit auf die Einfuhrbeschränkungen zu lenken, die von Deutschland während der Berichtszeit gehandhabt wurden und die sich mit aller Schärfe auch gegen britische Waren richteten. Wären diese Beschränkungen nicht gewesen, hätte die britische Industrie für manche wichtigen Güter in Deutschland Absatz gefunden und unsere Vorkriegs-wirtschaft hätte sich erreichen lassen. Wahrscheinlich wäre das auch für Deutschland sowohl wirtschaftlich wie finanziell von Nutzen gewesen.“

Dann bespricht er die Handelsvertragsverhandlungen, die von Deutschland mit den verschiedenen Staaten geführt worden sind. Hierzu macht er u. a. folgende bemerkenswerten Ausführungen:

„Der Vertrag mit Spanien war provisorisch in Kraft gesetzt, ist aber gegenwärtig (April 1925) vom Reichstag außer Kraft gesetzt. Es sind außer den vorher genannten Handelsverträgen eine Anzahl Provisorien und kurzfristige Abmachungen mit anderen Ländern vorhanden. Nun ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß die Wirtschaftsverhältnisse zwischen Deutschland und den anderen Ländern endgültig geregelt werden, denn dazu ist notwendig, daß erst der Zolltarif zustande kommt. Eine vorläufige Regelung von zirka 300 wichtigen Warengattungen war bereits fertiggestellt, die Veröffentlichung ist jedoch unterblieben, da die Vertreter der Landwirtschaft auch an den Vergünstigungen, die der Industrie gewährt worden sind, beteiligt sein wollten... Der zwischen England und Deutschland bestehende Handelsvertrag gibt dem wirtschaftlichen Verkehr zwischen beiden Ländern eine anständigere (fairer) und stabilere Grundlage, als je zwischen ihnen bestanden hat.“

Am Schluß des ersten Kapitels faßt er noch einmal seine Ansicht wie folgt zusammen:

„Im Vorstehenden ist versucht worden, eine kurze Übersicht jener Hauptpunkte zu geben, die das wirtschaftliche Leben Deutschlands beeinflussen. Daraus geht hervor, daß solange als die gegenwärtige Politik der Regierung und der Reichsbank beibehalten wird, man nicht zu befürchten braucht, daß die finanzielle Position der Regierung und die Sicherheit der Währung ins Wanken gerät. Ohne Zweifel haben Industrie und Handel in der kommenden Zeit noch eine sehr schwierige Zeit durch-

zumachen, ehe sie wieder in den Besitz genügender Betriebsmittel gelangen. Die Schaffung dieses Kapitals beruht in der Hauptsache auf Deutschlands eigenen Anstrengungen, nicht aber auf der eillen Hoffnung fremder Anleihen oder erneuter Inflation. In dem Konkurrenzkampf zwischen England und Deutschland wird Arbeit die erste und Organisation die zweite Rolle spielen."

Die folgenden Kapitel sind mehr ein Wiedergeben statistischer Zahlen über die Verhältnisse in verschiedenen Zweigen des Wirtschaftslebens. So behandelt

Kapitel 2 unser öffentliches Finanzwesen und das Staatsbudget, Kapitel 3 den Auslands-handel und Kapitel 4 die Kraftquellen. Dann folgt ein Anhang, der den Verhältnissen folgender Industrien gewidmet ist: 1. Schiffbau, 2. Textilien, 3. Farben, 4. Automobile, 5. Aluminium, 6. Glas und Porzellan und 7. Brauereien.

Hierbei werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschildert und des öfteren Auszüge aus der Gewerkschaftspresse gebracht. Die Tendenz des Buches ist ganz offensichtlich die, den englischen Unternehmern einen Vergleich mit den deutschen Verhältnissen zu ermöglichen und sie so im Konkurrenzkampf zu stärken.

Im zweiten Teil des Buches, der sich mit der Wirtschaft in den besetzten Gebieten befaßt, werden vor allem die Verhandlungen im Kohlsyndikat und die Zusammenfassungen und Vereinbarungen in der Schwerindustrie referierend behandelt. Die Ausführungen über die Arbeiter sind jedoch, auch wenn sie nur referierend erfolgen, nicht mit deutschen Augen gesehen. So wird bei der Besprechung der Leistungssteigerung in der Schwerindustrie gesagt:

"Die Verwandtschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde durch kein intensives Mißtrauen gestört. Differenzen wurden leicht (easily) beigelegt. Lohnstreitigkeiten haben nicht zu langen Streiks geführt. Die Lenksamkeit (docility), mit welcher eine Verlängerung der Arbeitszeit und verhältnismäßig niedrige Löhne von den Arbeitern akzeptiert wurden, war direkt bemerkenswert. Was auch immer die Zukunft bringen mag, die Arbeiterfrage spielt im Augenblick bei der Frage der Kostenbeeinflussung keine Rolle."

Sinngemäß die gleichen Ausführungen werden auch noch an anderer Stelle unter der besonderen Überschrift: „Arbeit“ gemacht.

Ist der erste Teil des Anhanges über die besetzten Gebiete dem Kohlenbergbau und der Schwerindustrie gewidmet, so werden kurz jedoch auch die Solinger Stahlwarenindustrie, die Waggonindustrie, der Lokomotivbau, die Leerwerwertung und die Pottascheindustrie besprochen. Anschließend kommt noch ein Bericht über die Verhältnisse im Saarrevier, der jedoch auch nur referierend gehalten ist. Den Schluß bilden die Wiedergabe des Kölner Metalltarifes, der Solinger Metallindustrie und die in der Metallindustrie an der Ruhr gefällten Schiedssprüche.

Die englische Presse hat über den Inhalt dieses Buches schon ausführliche Berichte gebracht und die Ausführungen über die deutschen Arbeiter werden ganz besonders in den Vordergrund gestellt. Der Gesamttenenz des Buches aber ist zuzustimmen. Eine weitgehende Verständigung zur Beseitigung wirtschaftlicher Schwierigkeiten liegt im Interesse beider Länder und der unvermeidliche Konkurrenzkampf, der in vernünftigen Grenzen von Nutzen ist, könnte durch internationale Abmachungen in diese vernünftigen Bahnen gelenkt werden.

Bücherbesprechung

Martin Andersen Nexø: Kinder der Zukunft. (Verlag J. G. W. Dietz Nachf., Berlin, Ganzleinen 4 Mk.) — „Seither habe ich dann eine ganze Reihe von Büchern geschrieben, die hauptsächlich das Dasein des niederen Volkes behandeln und bei deren Niederschrift ich unsäglich zu leiden hatte. Aber diese Arbeit mußte getan werden. Es ist notwendig, daß einer der Gesellschaft auch die unbarmherzigen Wahrheiten sagt; und wer ist geeigneter dazu, als der, der das Elend bis auf den Grund kennengelernt hat?“ Mit diesen Worten schließt Nexø die erste der Skizzen des oben erwähnten Buches. Und wahrlich — solch geschärften Blick für das ungeheure tägliche Erdulden, das Leid der armen Menschen hat nur derjenige, der selbst dieses Leid so tief durchkosten mußte. Und dennoch wirken diese Erzählungen nicht düster und niederdrückend — fühlt man unwillkürlich den Menschen hindurch, der, da er dies schreibt, weiß, daß eine andere Gesellschaft durch uns selbst geschaffen werden kann und muß. Oder ist es die zarte, liebevolle Gestaltung des Dichters, die auch das Elend durch den Schimmer hoher Kunst verklärt? Jedenfalls: dieser große nordische Dichter gehört ganz dem Proletariat, das ihn darum kennen sollte. L. S.

*

Der Kleine Brockhaus, Handbuch des Wissens in einem Band, ist 1925 erschienen und durch die Buchhandlung Emil Fink, Stuttgart, Schloßstr. 84, zu beziehen. (In Halbleinen gebunden 23 Mk.) — Als wir 1923 die damals in vier Bänden erschienene Neuausgabe des Brockhauschen Handbuchs besprachen, wiesen wir bereits auf den hohen Wert dieser Handbücher hin, die ihrem Bestzer eine leichte und schnelle Orientierung über Tausende von Einzelfragen ermöglichen, mögen sie nun liegen auf technischem, sozialem, wirtschaftlichem, politischem, geographischem, geschichtlichem, künstlerischem und anderem Gebiet. Ob Begriffe und Schlagworte, historische Vorgänge, Persönlichkeiten, Orte, Länder usw., über alles gibt Brockhaus Auskunft. Weniger angenehm empfanden wir 1923, daß der Preis von 80 Goldmark nur wenigen Arbeitern die Anschaffung dieser vier Bände ermöglichen würde. Nun kommt der Verlag dem Bedürfnis Minderbemittelter entgegen. Der jetzt vorliegende Kleine Brockhaus faßt in einem Bande von 804 Textseiten das Wesentlichste aus den früheren vier Bänden zusammen, dabei die letzten Jahre, deren Forschungen, Ergebnisse usw. mit berücksichtigend. Wie reichhaltig das Werk orientiert und wie umfassend seine Stoffgebiete sind, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß in dem einen großen Buch nicht weniger wie 5400 Abbildungen und Karten im Text und auf 88 einfarbigen und bunten Tafel- und Kartenseiten sowie 36 Übersichten und Zeittafeln mit untergebracht wurden. So gibt der Kleine Brockhaus heute in einem Band schnelle, kurze Aufklärung über konkrete Fragen, gleichzeitig aber auch in vielen Fällen den Leser anregend, sich mit dem einzelnen Gegenstand nunmehr näher zu befassen. Das Buch sollte in keiner Bibliothek fehlen. Und wer den Kleinen Brockhaus für seine Person kaufen kann, sollte es nicht verfehlen. H. D.

*

Rihmann: Internationale Sozialpolitik. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihr gegenwärtiger Stand. (J. Bensheimer, Mannheim, 7,50 Mk.) — Einleitend wird behandelt der Begriff der Sozialpolitik, deren wirtschaftliche Voraussetzungen sowie ihre Träger, Aufgaben und Methoden. Zum ethischen Charakter des Ziels wird gesagt: „Sozialpolitik ist eine Summe von Betätigungen, Anstalten und Methoden, die sich freilich den beanspruchten Vorzug, im eigentlichen Sinne „sozial“ gerichtet zu sein, in jedem Falle immer wieder verdienen müssen.“ Zu den Trägern der Sozialpolitik bemerkt der Verfasser durchaus zutreffend: „So dürfen und müssen wir alles, was die Arbeiterschaft selbst durch politische und wirtschaftliche Organisation zur Besserung ihrer Gesamtlage im Wirtschaftsorganismus geleistet hat, unter Sozialpolitik mit begreifen.“ Die folgenden Kapitel über die geschichtliche Entwicklung der internationalen Sozialpolitik enthalten wertvolles Material, ebenso die Abschnitte über die Washingtoner Konferenz, die Errichtung des Internationalen Arbeitsamtes, dessen seitherige Tätigkeit und diverse Anlagen. Das 220 Seiten starke Buch gibt eine gute Orientierung, seine Anschaffung ist zu empfehlen. H. D.